

Entscheidungen in Kirchensachen

seit 1946

Begründet von
Prof. Dr. Dr. Carl Joseph Hering und Dr. Hubert Lentz

Herausgegeben von
Prof. Dr. Manfred Baldus
Vorsitzender Richter am Landgericht Köln a. D.
und
Prof. Dr. Stefan Muckel
Universitätsprofessor an der Universität zu Köln

in Verbindung mit dem Institut für Kirchenrecht
und rheinische Kirchenrechtsgeschichte
der Universität zu Köln

Entscheidungen in Kirchensachen

seit 1946

62. Band

1.7.–31.12.2013

DE GRUYTER

ISBN 978-3-11-051903-7

e-ISBN (PDF) 978-3-11-051967-9

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-051916-7

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

☼ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Vorwort und Benutzungshinweise

Die „Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946“ (KirchE) wurden im Jahre 1963 von Carl Joseph Hering, damals Ordinarius für Kirchenrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, und seinem Assistenten Hubert Lentz gegründet.

Die Sammlung veröffentlicht Judikatur deutscher staatlicher Gerichte aus allen Zweigen der Rechtsprechung zum Verhältnis von Kirche und Staat und zu weiteren Problemkreisen, die durch die Relevanz religiöser Belange gekennzeichnet sind. Angesichts dieses breiten Themenkatalogs kann eine Vollständigkeit dieser Sammlung nur angestrebt werden, wenn man eine gewisse zeitliche Distanz in Kauf nimmt.

Die steigende Bedeutung religionsrechtlich relevanter Fragen in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) macht es unerlässlich, auch deren Judikatur zu berücksichtigen. Dabei werden vornehmlich solche Entscheidungen ausgewählt, die aus Verfahren in Deutschland hervorgegangen oder sonst von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Veröffentlichung erfolgt in einer Amtssprache oder amtlichen Übersetzung, die der Gerichtshof für die amtliche Ausgabe der jeweiligen Entscheidung verwendet hat. Ebenso bleibt die von der deutschen Praxis abweichende Form der Entscheidungen und der Abkürzungen gewahrt. Die in der Zeit von 1965 bis 2001 ergangenen Entscheidungen des EGMR und EuGH zu religionsrechtlichen Fragen sind in einem Sonderband 42 KirchE-EU (2007) dokumentiert.

In Fußnote 1 finden sich Angaben zu den Leitsätzen und Quellen in amtlichen Entscheidungssammlungen und Fachzeitschriften, ggf. auch Hinweise auf Parallelverfahren. Eine digitale Zugriffsmöglichkeit wird für BeckRS, HUDOC, juris, RWR und, soweit eine andere Veröffentlichung nicht ermittelt werden konnte, für die Justizdatenbank des betreffenden Landes nachgewiesen. Soweit ein Verfahren mit der hier abgedruckten Entscheidung nicht zum Abschluss gelangt ist, erscheint in Fußnote 1 ein Hinweis auf den weiteren Verlauf des Verfahrens. Etwaige weitere Entscheidungen aus dem Rechtsmittelzug etc., soweit sie wesentliche Ausführungen zu religionsrechtlichen Fragen enthalten, entnehme man späteren Bänden von KirchE. Kurzgefasste Rechtsmittelentscheidungen, die sich im Wesentlichen auf ergänzende Ausführungen beschränken, werden bei der Vorinstanz in Fußnote 1 referiert.

Entscheidungen zum Sonn- und Feiertagsrecht, in denen religiöse Aspekte relevant sind, werden aus Raumgründen in der Regel nur mit einem Urteil etc. im Volltext dokumentiert; weitere einschlägige Entscheidungen im Veröffentlichungszeitraum sind dort in der Fußnote 1 nachgewiesen. Dasselbe gilt für Entscheidungen aus dem Arbeitsrecht, die - wie beispielsweise auf dem Gebiet der Eingruppierung von Dienstkräften - nur am Rande kirchentypische Merkmale aufweisen. Entscheidungen zum Asylrecht werden nur berücksichtigt, soweit sie religionsrechtliche Verhältnisse in Deutschland oder der Europäischen Union betreffen, etwa den Nachweis des Übertritts zu einer christlichen Konfession als Nachfluchtgrund. Für Erkenntnisse über die religionspolitische Lage in den Herkunftsländern, die in der Judikatur vielfach erörtert werden, stehen der Praxis anderweitige Zugänge offen.

Die Herausgeber haben die Sammlung als Judikatur-Archiv konzipiert. Für die Aufnahme einer Entscheidung ist maßgebend, ob der Verfahrensgegenstand und die religionsrechtlichen Erwägungen für Wissenschaft und Praxis von Interesse sind. Deshalb wurden zum Teil auch instanzgerichtliche Entscheidungen berücksichtigt, die im weiteren Verlauf des Verfahrens keinen Bestand hatten.

Soweit die als amtlich gekennzeichneten Leitsätze der Gerichte verwendet wurden, ist dies vermerkt. Im Übrigen wurden die Leitsätze möglichst am religionsrechtlich relevanten Inhalt der Entscheidung orientiert. Dasselbe gilt für die Fassung des Sachverhalts und der Prozessgeschichte und eine eventuelle Kürzung der Entscheidungsgründe. Der z.T. unterschiedliche Zitier- und Abkürzungsmodus ist nur angeglichen, wo Verwechslungen in Betracht kommen. Eine in der amtlichen Fassung oder bei juris benutzte Randbezifferung ist in den Entscheidungsgründen (kursiv und in eckigen Klammern) berücksichtigt. Das Abkürzungsverzeichnis wurde im Wesentlichen auf Zeitschriften beschränkt. Zur Auflösung von weiteren juristischen Abkürzungen wird auf Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 7. Aufl., Berlin 2012, verwiesen. Soweit in den Urteilen etc. auf andere Entscheidungen, die auch in KirchE abgedruckt sind, Bezug genommen wird, ist die Fundstelle durch einen entsprechenden Zusatz nachgewiesen. Über die den Bänden 1-25 erschienene Judikatur informiert zusätzlich ein im Jahr 1993 erschienener Registerband.

Zugänge zur Judikatur kirchlicher Gerichte, die in dieser Sammlung schon aus Raumgründen nicht berücksichtigt werden kann, eröffnen die Rechtsprechungsbeilage zum Amtsblatt der EKD (bis 2013 jeweils Beilage zu Heft 4 eines Jahrganges), danach das elektronische Fachinformationssystem FIS zum Kirchenrecht (unter www.kirchenrecht-ekd.de Rubrik „Rechtsprechung“), und die kirchenrechtlichen Fachzeitschriften, insbesondere das „Archiv für katholisches Kirchenrecht“, „Kirche und Recht“ und die „Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht“. Im Bereich der Katholischen Kirche ist die Spruchpraxis arbeitsrechtlicher Schiedsstellen und Arbeitsgerichte, d.h. der Kirchlichen Arbeitsgerichte Erster Instanz, des Kirchlichen Arbeitsgerichtshofs und des Delegationsgerichts der Apostolischen Signatur (Tribunal Delegatum et a Supremo Signaturae Apostolicae Tribunali Constitutum), u.a. aus der Zeitschrift „Die Mitarbeitervertretung“ und „Zeitschrift für Arbeitsrecht und Tarifpolitik in Kirche und Caritas“ sowie über die Homepage der Deutschen Bischofskonferenz, Untergruppe Initiativen, zu erschließen.

Seit seiner Gründung erscheint das Werk in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kirchenrecht und rheinische Kirchenrechtsgeschichte der Universität zu Köln und wird dort auch redaktionell betreut. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schulden die Herausgeber für ihren Einsatz herzlichen Dank.

Den Benutzern der Sammlung sei versichert, dass die Herausgeber Hinweise auf unveröffentlichte Entscheidungen sehr zu schätzen wissen.

Köln, im Frühjahr 2017

Stefan Muckel

Manfred Baldus

Inhaltsverzeichnis

- 1 Keine Besorgnis der Befangenheit eines Richters wegen dessen Religions- oder Konfessionszugehörigkeit. BVerfG, Beschluss vom 3.7.2013 (1 BVR 782/12) — **1**
- 2 Photovoltaikanlage auf kirchl. Gebäude. VG Sigmaringen, Urteil vom 4.7.2013 (7 K 2306/12) — **2**
- 3 Kirchl. Verinsgründung ohne Zustimmung des Bischofs. EGMR, Urteil vom 9.7.2013 -No. 2330/09- (Sindicatul „Păstorul cel Bun“ ./ Rumänien) — **11**
- 4 Abfindungsanspruch bei Rationalisierungsmaßnahmen im Geltungsbereich des Arbeitsvertragsrechts der bayerischen (Erz-)Diözesen. LAG Nürnberg, Urteil vom 9.7.2013 (7 Sa 594/12) — **56**
- 5 Befreiung vom Schulunterricht am Welthumanistentag. OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 10.7.2013 (OVG 3 N 61.13) — **61**
- 6 Weitergabe von Steuerungsdaten an eine Religionsgemeinschaft. FG München, Urteil vom 1.8.2013 (5 K 758/13) — **64**
- 7 Kündigung eines Mietverhältnisses wegen Raumbedarfs für die Einrichtung des jüdisch-theologischen Fachbereichs einer staatl. Universität. AG Potsdam, Urteil vom 15.8.2013 (24 C 373/12) — **67**
- 8 Anspruch auf Aufnahme in eine katholische Bekenntnisschule. VG Münster, Beschluss vom 15.8.2013 (1 L 407/13) — **72**
- 9 Haftung einer Kirchengemeinde aus einem Betriebsübergangs-, Grundstücks- und Gebäudevertrag. OLG Düsseldorf, Urteil vom 27.8.2013 (I-21 U 107/12) — **76**
- 10 Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung des Personensorgeberechtigten in die Beschneidung des Kindes. OLG Hamm, Beschluss vom 30.8.2013 (II-3 3 UF 133/13) — **90**
- 11 Befreiung von einer Schulveranstaltung (Vorführung des Spielfilms „Krabat“) aus religiösen Gründen. BVerwG, Urteil vom 11.9.2013 (6 C 12/12) — **101**

- 12 Befreiung von einer Schulveranstaltung (koedukativer Schwimmunterricht) aus religiösen Gründen. BVerwG, Urteil vom 11.9.2013 (6 C 25/12) — **116**
- 13 Wirksamkeit von Ausnahmeregelungen zum Sonn- und Feiertagsschutz. Hess.VGH, Urteil vom 12.9.2013 (8 C 1776/12.N) — **131**
- 14 Abzugsfähigkeit einer Auslandsspende innerhalb der Europäischen Union. BFH, Urteil vom 17.9.2013 (I R 16/12) — **147**
- 15 Formerfordernisse für den vertraglichen Vollzug einer wirksam abgeschlossenen Vereinbarung mit einer kath. Kirchengemeinde. OLG Köln, Urteil vom 19.9.2013 (I-24 U 15/10, 24 U 15/10) — **154**
- 16 Fördermittel für die Betreuung von Kindern mit Behinderung in integrativen Kindertageseinrichtungen kirchl. Träger. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 23.9.2013 (12 A 1476/13) — **160**
- 17 Fristlose Kündigung eines nebenberuflichen Kirchenmusikers. BAG, Urteil vom 26.9.2013 (2 AZR 741/12) — **167**
- 18 Rückforderung zu Unrecht an eine kirchliche Zusatzversorgungskasse gezahlten Sanierungsgeldes. LG Köln, Urteil vom 26.9.2013 (20 O 471/11) — **176**
- 19 Selbstordnungsrecht der Religionsgemeinschaften. VG Minden, Beschluss vom 27.9.2013 (2 L 595/13) — **187**
- 20 Kircheneinkommensteuer in glaubensverschiedener Ehe. BFH, Beschluss vom 8.10.2013 (I B 109/12) — **192**
- 21 Postulat/Niviziat als Berufsausbildung im steuerrechtl. Sinne. Nieders. Finanzgericht, Urteil vom 10.10.2013 (16 K 283/12) — **197**
- 22 Mietzuschuss für kirchl. Kindergarten nach Trägerwechsel. VG Köln, Urteil vom 18.10.2013 (19 K 5910/12) — **200**
- 23 Übergang eines durch Friedhofssatzung geregelten Grabnutzungsrechts. VG Magdeburg, Urteil vom 18.10.2013 (9 A 155/12) — **205**
- 24 Zur religiösen Erziehung eines Pflegekindes. OLG Koblenz, Beschluss vom 23.10.2013 (13 UF 581/13) — **213**

- 25 Defizitübernahme für Kindergarten freigemeinnütziger Träger.
Bay.VGH, Urteil vom 23.10.2013 (12 BV 13.650) — **214**
- 26 Struktur der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V. VG Köln,
Urteil vom 30.10.2013 (10 K 2393/12) — **224**
- 27 Kopftuch einer muslimischen Beamtenbewerberin für den
gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst. VG Düsseldorf,
Urteil vom 8.11.2013 (26 K 5907/12) — **234**
- 28 Rechtsnatur einer historischen (kirchlichen oder privatrechtlichen)
Stiftung. VG Gießen, Urteil vom 12.11.2013 (8 K 818/13.GI) — **256**
- 29 Darstellung einer Moschee als Verstoß gegen die guten Sitten.
BPatG, Beschluss vom 14.11.2013 [30 W (pat) 704/13] — **273**
- 30 Beteiligung einer bürgerlichen Gemeinde an den Kosten der
Instandhaltung kirchlicher Gebäude. VG Baden-Württemberg,
Urteil vom 14.11.2013 (1 S 2388/12) — **279**
- 31 Eintragung eines alten Pfarrhauses in die Denkmalliste.
VG Düsseldorf, Urteil vom 14.11.2013 (9 K 5587/12) — **301**
- 32 Förderung von Ersatzschulen. Sächsischer Verfassungsgerichtshof,
Urteil vom 15.11.2013 (Vf. 25-II-12) — **308**
- 33 Durchsetzung eines vollstreckbaren Titels betr. Veranstaltung von
Gottesdiensten in einer bestimmten Kirche. EGMR, Urteil vom
19.11.2013 -No. 26270/04- (Bogdan Vodă Greek-Catholic Parish ./.
Rumänien) — **350**
- 34 Befreiung von Schulfahrt aus religiösen Gründen. OVG Bremen,
Urteil vom 19.11.2013 (1 A 275/10) — **361**
- 35 Religionswechsel als Nachfluchtgrund. VG Potsdam, Urteil vom
19.11.2013 (6 K 2704/12.A) — **374**
- 36 Probezeitkündigung eines ev. Pfarrers im befristeten
Arbeitsverhältnis. BAG, Urteil vom 21.11.2013
(6 AZR 664/12) — **380**
- 37 Anteil der Synagogengemeinde zu Halle an dem Landeszuschuss
für die Jüdische Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt. BVerwG, Urteil
vom 27.11.2013 (6 C 21/12) — **396**
- 38 Religionsunterricht an anerkannter berufsbildender Ersatzschule.
VG Sigmaringen, Urteil vom 29.11.2013 (4 K 2179/12) — **414**

- 39 Förderung von kirchl. Schwangerschaftskonfliktberatung. OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 5.12.2013 (OVG 6 B 49.12) — **420**
- 40 Differenzierungskriterien bei Maßnahmen (zulässiger) positiver Religionspflege. VG Potsdam, Urteil vom 6.12.2013 (12 K 401/12) — **431**
- 41 Gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern trotz kontroverser religiöser Auffassungen. OLG Nürnberg, Beschluss vom 9.12.2013 (7 UF 1195/13) — **438**
- 42 Religionswechsel als Nachfluchtgrund. VG Ansbach, Urteil vom 13.12.2013 (AN 11 K 13.30983) — **451**
- 43 Gefängnisverpflegung unter Beachtung u.a. religiös begründeter Wünsche. EGMR, Urteil vom 17.12.2013 -No. 14150/08- (Vartic ./ Rumänien [no. 2]) — **462**
- 44 Schwärzung eines Taufbucheintrags. VG München, Urteil vom 19.12.2013 (M 22 K 12.106) — **472**

Abkürzungsverzeichnis

AA	Arbeitsrecht aktiv
AE	Arbeitsrechtliche Entscheidungen
AfkKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
AktStR	Aktuelles Steuerrecht
AO-StB	Der AO-Steuer-Berater
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
AP Newsletter	Arbeitsrechtliche Praxis/ Newsletter
ArbN	Arbeitnehmer - Zeitschrift d. Arbeitskammer d. Saarlandes
ArbR	Arbeitsrecht aktuell
ArbRB	Der Arbeits-Rechts-Berater
ArbuR	Arbeit und Recht
AS	Amtliche Sammlung von Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte von Rheinland-Pfalz und Saarland
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht
AuAS	Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BauR	Baurecht
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGHE	s. VGHE BY
BB	Der Betriebs-Berater
BB	Brandenburg
BE	Berlin
BeckRS	Beck-Rechtsprechung - Datenbank
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH/PR	BFH-Richter kommentieren für die Praxis
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGBI I	Bundesgesetzblatt Teil 1
BGHR	BGH-Rechtsprechung
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGleig	Bundesgleichstellungsgesetz - Kommentar mit Entscheidungssammlung
BImSchG-Rspr	Ule/Laubinger, Bundesimmissionsschutzgesetz
BRS	Baurechtssammlung
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BStBl	Bundessteuerblatt
BStBl II	Bundessteuerblatt Teil II, Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis
Buchholz	Sammel- und Nachschlagewerk der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts

BWGZ	Die Gemeinde – Organ des Gemeindetags Baden-Württemberg
BY	Bayern
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
dbr	Der Betriebsrat
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DokBer	Dokumentarische Berichte aus dem Bundesverwaltungsgericht
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DSB	Datenschutzberater
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht-Entscheidungsdienst
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis
DW	Die Wohnungswirtschaft
EBE/BGH, BAG	Eildienst: Bundesgerichtliche Entscheidungen
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
ErbBstg	Erbfolgebesteuerung
ErbStB	Der Erbschafts-Steuer-Berater
EstB	Der Ertragsteuerberater
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit Entscheidungen der Staatsgerichtshöfe beider Länder
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
EZAR-NF	Entscheidungssammlung zum Zuwanderungs-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht. Schnelldienst
EzTöD	Entscheidungssammlung zum Tarifrecht im öffentlichen Dienst
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht
FamRB	Familien-Rechts-Berater
FamRBint	FamRB international
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FD-ArbR	Fachdienst Arbeitsrecht
FD-MietR	Fachdienst Miet- und Wohnungseigentumsrecht
FF	Forum Familienrecht
FG Prax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FR	Finanz-Rundschau Ertragsteuerrecht
GesR	GesundheitsRecht
GewArch	Gewerbearchiv
GmbHR	GmbH-Rundschau

GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht/Rechtsprechungs-Report
GuP	Gesundheit und Pflege
GuT	Gewerbemiete und Teileigentum
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HB	Bremen
HE	Hessen
HFR	Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung
HH	Hamburg
HUDOC	Rechtsprechungsdatenbank des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
IBR	Immobilien- und Baurecht
IBRRS	Immobilien- und Baurecht, Rechtsprechung
Info BRS	Informationsdienst Öffentliche Baurechtssammlung
IÖR	Informationsdienst Öffentliches Dienstrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
iStR	Internationales Steuerrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter
JAm	Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht
JR	Juristische Rundschau
juris	Juris Das Rechtsportal – Datenbank
JuS	Juristische Schulung
Justiz	Die Justiz
JZ	Juristenzeitung
KHE	Entscheidungen zum Krankenhausrecht
KirchE	Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946
KommJur	Kommunaljurist
Kommunal-Praxis BY	Zeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht Ausgabe Bayern
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KRS	Krankenhaus-Rechtsprechung
KuR	Kirche und Recht
K&R	Kommunikation und Recht
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LS	nur Leitsatz
LSK	Leitsatzkartei des deutschen Rechts
LT-Drs.	Landtagsdrucksache
LVerfGE	Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder

MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
MietRB	Der Miet-Rechtsberater
Mitbestimmung	Die Mitbestimmung
MMR	MultiMedia und Recht
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege
NdsVBl	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NI	Niedersachsen
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NJW-spezial	NJW spezial: Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten
NLMR	Newsletter Menschenrechte
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
NRWE	Rechtsprechungsdatenbank Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht, Rechtsprechungs-Report
NW	Nordrhein-Westfalen
n.v.	nicht veröffentlicht in Entscheidungssammlungen und Zeitschriften
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Rechtsprechungsreport
NWVBl	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, Rechtsprechungs-Report
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht
OLGR (mit Ortszusatz)	OLG-Report: Zivilrechtsprechung der Oberlandesgerichte
OstEuR	Osteuropa-Recht
OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte
OVGE BE	Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Berlin
PersF	Personalführung
PersR	Der Personalrat
PersV	Die Personalvertretung
PfIR	Pflegerecht. Zeitschrift für Rechtsfragen in der stationären und ambulanten Pflege
PISTB	Praxis Internationale Steuerberatung

RdA	Recht der Arbeit
RDG	Rechtsdepesche für das Gesundheitswesen
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
RdL	Recht der Landwirtschaft
RDV	Recht der Datenverarbeitung
REE	Recht der Erneuerbaren Energien
Rpfleger	Der Rechtspfleger
RiA	Recht im Amt
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RJD	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Reports of Judgements and Decisions
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
RP	Rheinland-Pfalz
RWR	Religion – Weltanschauung – Recht
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SächsVBl	Sächsische Verwaltungsblätter
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
Schütz BeamtR	Schütz/Maiwald, Beamtenrecht des Bundes und der Länder
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
SozR	Sozialrecht
ST	Sachsen-Anhalt
StAZ	Das Standesamt
StBW	Steuerberater Woche
StC	SteuerConsultant
StE	Steuern der Energiewirtschaft
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt
StraFo	Strafverteidiger Forum
StRR	StrafRechtsReport
StuB	Steuern und Bilanzen
StV	Strafverteidiger
TH	Thüringen
ThürVBl	Thüringer Verwaltungsblätter
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UV-Recht Aktuell	Unfallversicherungsrecht Aktuell
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VersR	Versicherungsrecht
VGHE BY	Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayrischen Verfassungsgerichtshofs
VR	Verwaltungsrundschau

WissR	Wissenschaftsrecht
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZAT	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Tarifpolitik in Kirche und Caritas
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZfB	Zeitschrift für Bergrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZFE	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
ZFWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZKF	Zeitschrift für Kommunalfinanzen
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZMV	Die Mitarbeitervertretung
Zsteu	Zeitschrift für Steuern und Recht
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen
ZTR	Zeitschrift für Tariftrecht
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
	Rechtsprechungsdienst
ZWE	Zeitschrift für Wohnungseigentumsrecht

1

Die Religions- oder Konfessionszugehörigkeit eines Richters ist für sich allein nicht geeignet, die Besorgnis der Befangenheit zu rechtfertigen.

§§ 18 Abs. 2, 19 BVerfGG

BVerfG, Beschluss vom 3. Juli 2013 -1 BVR 782/12-¹

Die Beschwerdeführerin wendet sich gegen die Versagung von Prozesskostenhilfe für die Berufungsinstanz durch das LAG Baden-Württemberg (Beschluss vom 14.2.2012 -2 Sa 147/11- n.v.) in einem Verfahren, in dem sie den Betriebsarzt ihres früheren Arbeitgebers mit der Begründung, eine Persönlichkeitsrechtsverletzung erlitten zu haben, auf Schadensersatz verklagt hat. Mit Schreiben vom 26.3.2012 hat die Beschwerdeführerin den Vizepräsidenten K. sowie die Richter E. und M. wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt. Sie begründet dies damit, dass die Richter katholischer Konfession seien. Sie seien daher nicht in der Lage, in einem Verfahren, das sich gegen den katholischen Betriebsarzt ihres früheren Arbeitgebers, eines als katholischer Tendenzbetrieb geführten Krankenhauses, richte, unparteiisch und vorurteilslos zu urteilen. Außerdem hätten die Richter ihre Befangenheit gegenüber der Beschwerdeführerin bereits im Verfahren über eine andere von ihr eingereichte Verfassungsbeschwerde dokumentiert. In jenem Verfahren habe sie die Richter aus anderen Gründen abgelehnt. Die Richter hätten ihr Ablehnungsgesuch unter Verstoß gegen das Willkürverbot als rechtsmissbräuchlich und daher offensichtlich unzulässig abgelehnt.

Das Ablehnungsgesuch wird als unzulässig verworfen und die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen.

Aus den Gründen:

1. Das Ablehnungsgesuch gegen den Vizepräsidenten K. sowie die Richter E. und M. ist offensichtlich unzulässig.

Ein Ablehnungsgesuch, das lediglich Ausführungen enthält, die zur Begründung der Besorgnis der Befangenheit gänzlich ungeeignet sind, ist offensichtlich unzulässig. Bei offensichtlicher Unzulässigkeit bedarf es keiner dienstlichen Stellungnahme des abgelehnten Richters; dieser ist auch von der

¹ BeckRS 2013, 54015; juris; KuR 2013, 308; NJW 2013, 3360; NVwZ 2013, 1335.

Entscheidung über das offensichtlich unzulässige Ablehnungsgesuch nicht ausgeschlossen (vgl. BVerfGE 11, 1 [3]; BVerfGE 8, 59 [60]).

a) Im Hinblick auf den Richter E. ergibt sich die offensichtliche Unzulässigkeit daraus, dass der abgelehnte Richter nicht zur Mitwirkung in diesem Verfahren berufen ist (vgl. BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 15.12.1988 -1 BvR 1487/87-). Der Richter E. gehört der 3. Kammer des Ersten Senates nicht an.

b) Die Beschwerdeführerin stützt ihre Ablehnung des Vizepräsidenten K. und des Richters M. auf deren katholische Konfession sowie ihre Mitwirkung an der Entscheidung über erfolglos gebliebene frühere Anträge der Beschwerdeführerin.

Ebenso wenig, wie die Zugehörigkeit eines Richters zu einer politischen Partei für sich allein die Besorgnis der Befangenheit zu rechtfertigen vermag (vgl. BVerfGE 2, 295 [297]; 11, 1 [3]; 43, 126 [128]), ist dies bei seiner Religions- oder Konfessionszugehörigkeit der Fall. Diese stellt iSd § 18 Abs. 2 BVerfGG einen ähnlich allgemeinen Gesichtspunkt dar wie die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei (vgl. BayVerfGH, Entscheidung vom 17.7.2000 -Vf.3-VII-99-NVwZ 2001, 917, KirchE 38, 332). Die Wertung dieser Vorschrift ist auch im Rahmen von § 19 BVerfGG zu beachten (vgl. BVerfGE 2, 295 [297]).

Der pauschale Verweis auf die bloße Mitwirkung an einer Entscheidung in einem vorangegangenen Verfassungsbeschwerdeverfahren derselben Beschwerdeführerin kann ferner die Besorgnis der Befangenheit iSd § 19 BVerfGG offensichtlich nicht begründen (BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 22.4.2009 -1 BvR 887/09-).

2. Die Verfassungsbeschwerde wird den an ihre Begründung zu stellenden Substantiierungsanforderungen nicht gerecht und ist daher unzulässig. Von einer weiteren Begründung der Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde wird nach § 93d Abs. 1 Satz 3 BVerfGG abgesehen.

2

Liegt eine erhebliche Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes eines kirchlichen Denkmals (hier: von Pfarrkirche und Pfarrhaus durch eine Photovoltaikanlage auf der Pfarrscheuer) vor, hat dies zur Folge, dass über den Genehmigungsantrag nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden ist. Im Rahmen dieser Ermessensentscheidung sind u.a. zu berücksichtigen der Klima- und Denkmalschutz und die geltend gemachten kirchlichen Belange, nämlich die Bewahrung der Schöpfung, das kirchliche Selbstbestimmungsrecht und die Religionsfreiheit.

Art./§§ 4, 140 GG, 137 Abs. 3 WRV, 15 Abs. 3 BW.DSchG
VG Sigmaringen, Urteil vom 4. Juli 2013 -7 K 2306/12-¹

Die Klägerin begehrt die denkmalschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf ihrer Pfarrscheuer.

Die Klägerin beantragte am 24.6.2008 die denkmalschutzrechtliche Genehmigung zum Aufbau einer Photovoltaikanlage auf der südsüdöstlich ausgerichteten Dachhälfte der Pfarrscheuer. Der Antrag wurde durch Bescheid vom 20.8.2008 abgelehnt, der hiergegen eingelegte Widerspruch durch den Widerspruchsbescheid vom 30.3.2009 zurückgewiesen. Die hiergegen erhobene Klage wurde durch das VG Sigmaringen durch Urteil vom 22.7.2010 (-7 K 947709-) abgewiesen. Nach Zulassung der Berufung wurde das Urteil vom 22.7.2010 durch das Urteil des VGH Baden-Württemberg vom 1.9.2011 -1 S 1070/11- (KirchE 58, 126) geändert und der Beklagte unter Aufhebung des Bescheides des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis vom 20.8.2008 und des Widerspruchsbescheides des Regierungspräsidiums Tübingen vom 30.3.2009 verpflichtet, über den Antrag unter Beachtung der Rechtsauffassung des Senats neu zu entscheiden.

Der Beklagte hat durch Bescheid vom 30.1.2012 die Erteilung einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung wiederum abgelehnt. In der Begründung wurde u.a. ausgeführt:

„Das Vorliegen einer erheblichen Beeinträchtigung für Pfarrkirche und Pfarrhaus ist im vorgelagerten Verfahren durch die diesbezüglichen Urteile des Verwaltungsgerichts Sigmaringen und des VGH Baden-Württemberg dargelegt worden. Die Denkmalschutzbehörde macht sich die Erwägungen der Entscheidung des VGH Baden-Württemberg zu eigen, da „insbesondere aus südöstlicher Blickrichtung eine erhebliche Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes von Kirche und Pfarrhaus vorliegt. Aus dieser Perspektive sind Kirche und Pfarrhaus in der exponierten Ortsrandlage mit der davor stehenden Pfarrscheuer ungestört wahrzunehmen, ohne dass man zugleich die anderen im Ort vorhandenen Photovoltaikanlagen im Blickfeld hat. Neben dem Kirchturm und den Dächern ist auch das Fachwerk der Obergeschosse des Pfarrhauses von diesem Standort aus deutlich erkennbar. Zwar würde die Sichtachse als solche durch die Anbringung der Photovoltaikanlage nicht beeinträchtigt, doch wäre die Photovoltaikanlage unabhängig von ihrer farblichen Gestaltung aus dem aus dieser Perspektive für Pfarrhaus und Kirche sichtbaren und diese teilweise verdeckenden Scheunendach unweigerlich ein erheblich störender Blickfang, der vom Betrachter nicht ausgeblendet werden könnte, weil die Dächer von Pfarrhaus, Kirche und Pfarrscheuer im Auge des Betrachters nahtlos ineinander übergehen. Zwar können Kirche und Pfarrhaus auch aus anderen Perspektiven noch ungestört wahrgenommen werden, etwa aus der Ortsmitte kommend, vom westlichen Ortsausgang und

¹ Der Antrag auf Zulassung der Berufung wurde zurückgenommen (1 S 1825/13 VGH Baden-Württemberg).

vom Pfarrhof aus. Diese Standorte sind jedoch alle dadurch gekennzeichnet, dass sie in unmittelbarer Nähe zu den geschützten Objekten liegen. Prägend für die Kirche ist aber auch ihre erhöhte, exponierte Lage auf dem K. in der Ortsrandlage, die gerade bei einer Betrachtung aus größerer Entfernung von außerhalb des Ortes besonders zur Geltung kommt. Hier kommt der Perspektive von der Gemeindeverbindungsstraße Z.E. kurz vor Erreichen des Ortseingangs von E. und von dem unteren Abschnitt des dort in westlicher Richtung abzweigenden asphaltierten Wirtschaftsweges besondere Bedeutung zu. Insofern fällt erheblich ins Gewicht, dass es sich bei diesem Wirtschaftsweg um einen öffentlichen Weg handelt, der zudem von seinem unteren Abschnitt aus noch einen ungestörten Blick auf Kirche und Pfarrhaus ermöglicht, während von anderen außerhalb des Ortes gelegenen Standorten eine massive Vorbelastung durch die bereits vorhandenen Photovoltaikanlagen zu verzeichnen ist.“

Für die Ausübung des Ermessens gemäß §§ 7 und 15 Abs. 3 DSchG stellt die Denkmalschutzbehörde folgende Gesichtspunkte in die Überlegung ein:

„Die spezifisch wirtschaftlichen Interessen der Antragstellerin werden in Übereinstimmung mit den Ausführungen des VGH gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Erhaltung des Erscheinungsbildes der Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung als von nachrangiger Bedeutung angesehen. Anhaltspunkte dafür, dass die Erhaltung der Pfarrscheuer ohne die geplante Photovoltaikanlage unzumutbar sein könnte, sind nicht ersichtlich. Die Tatsache, dass die erwarteten Gewinne aus der Stromeinspeisung die Sanierung des Denkmals finanzieren sollen, ist zwar ein verständlicher Wunsch der Antragstellerin, aber im Zusammenhang mit der Abwägung nicht relevant, da auch jede andere Art der Gewinnerzielung mit der Sanierung verknüpft werden könnte, etwa die Anbringung von Werbeanlagen oder ähnlichem, wie der VGH festgestellt hat.

Weiter ist in die Abwägung das spezifisch kirchliche Interesse der Kirchengemeinde an Klimaschutz und die Bewahrung der Schöpfung einzubeziehen. Gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Erhaltung des Erscheinungsbildes der Kulturdenkmale tritt auch dieser Gesichtspunkt zurück.

Entsprechend dem VGH-Urteil ist der Gesichtspunkt des Klimaschutzes in seiner Verankerung in Art. 20a GG und Art. 3a der Landesverfassung einzubeziehen. Entsprechend der genannten VGH-Entscheidung leistet die Erschließung erneuerbarer Energien durch die Installation von Photovoltaikanlagen einen Beitrag zur Verminderung des Bedarfs an herkömmlichen fossilen sowie an atomaren Energieträgern, zur Verminderung der Schadstoffbelastung der Umwelt und der dadurch bedingten klimatischen Veränderungen und damit einen aktiven Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen im Sinne von Art. 20a GG. Im öffentlichen Interesse an der Erschließung erneuerbarer Energien ist ein relevanter Belang zu sehen, der die durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Eigentümerbefugnisse verstärkt und der in der von der Denkmalschutzbehörde durchzuführenden Abwägung mit dem ihm zukommenden Gewicht eingestellt werden muss und die Waage bei Gleichgewicht der anderen Belange hin zur Genehmigungsfähigkeit von Photovoltaikanlagen ausschlagen lässt, so dass Beeinträchtigungen des äußeren Erscheinungsbildes eines Kulturdenkmals durch Photovoltaikanlagen in stärkerem Maße hinzunehmen sind als andere bauliche Veränderungen. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass im Umgebungsbereich von Kirche und Pfarrhaus bereits zahlreiche Photovoltaikanlagen vorhanden sind.

Bei Berücksichtigung dieser Belange ergibt sich nach dem VGH-Urteil ein eindeutiger Vorrang für den gleichfalls verfassungsmäßig geschützten (Art. 3c Landesverfassung) Denkmalbelang. Aus dem Umstand, dass das Grundgesetz den Denkmalbelang nicht aufführt, ist nicht auf eine gewollte Abstufung dieses Belangs zu schließen, da im Verhältnis Bund - Länder der Bund kompetenzmäßig für den Denkmalschutz nicht zuständig ist und deshalb Denkmalschutzbelange nicht in das Grundgesetz aufgenommen werden könnten.

Der Umgebungsbereich der Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung Pfarrkirche und Pfarrhaus ist in E. der einzige Bereich, der nicht technisch durch Photovoltaikanlagen überlagert ist und das Erscheinungsbild der Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung in herausragender Weise prägt. Wie das VGH-Urteil festgestellt hat, sind in der weiteren Umgebung im tiefer liegenden Ortsbereich zahlreiche Photovoltaikanlagen vorhanden. Diese befinden sich indessen außerhalb des denkmalschutzrechtlichen wirksam zu verteidigenden Umgebungsbereichs bzw. bezüglich des besonders wichtigen Blickwinkels aus der freien Landschaft, aus dem die erhöhte gleichsam die Ortschaft bekrönende Position der Kulturdenkmale besonders zur Geltung kommt, in weiterer Entfernung. Durch die Zulassung der Photovoltaikanlage würde das die Gemeinde E. charakterisierende Erscheinungsbild von Pfarrkirche und Pfarrhaus eine sehr deutliche Abwertung erfahren, indem auch der nächstliegende und für das Erscheinungsbild entscheidende Bereich solartechnisch überprägt würde. Ein gewichtiges öffentliches Interesse würde dadurch entwertet. Selbst bei einer Photovoltaikanlage, die nicht die ganze Dachfläche in Anspruch nehmen würde, sind die vorgenannten Ausführungen in vollem Maße zutreffend und veranlassen aus der Sicht des Denkmalschutzes eine erheblich beeinträchtigende Wirkung auf den bedeutsamen Umgebungsbereich.

Auch in Ansehung der höchstrichterlich festgestellten verfassungsrechtlichen Verankerung des Klimaschutzes und des öffentlichen Interesses an der Erschließung erneuerbarer Energien in Bundes und Landesverfassung ist in die Erwägung einzubeziehen, dass Photovoltaikanlagen der vorliegenden Art grundsätzlich auf einer Vielzahl von Gebäuden und Situationen verwirklicht werden können, während es ungestörte Umgebungsbereiche für das Erscheinungsbild für Kulturdenkmale der vorliegenden Qualität nicht mehr viele gibt. Hinzuweisen ist auch auf die erörterte Möglichkeit, die Photovoltaikanlage vor der Scheune auf dem Boden zu errichten, wodurch diese zwar kleiner ausfallen müsste, aber wenigstens die massive Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der Kulturdenkmale vermeiden würde.

In Ansehung aller Umstände gewichtet die Denkmalschutzbehörde das Denkmalschutzinteresse an der Erhaltung des Erscheinungsbildes der Kulturdenkmale höher als das Interesse der Widersprechenden an der Errichtung der Anlage, wobei letzteres insbesondere hinsichtlich der Verankerung in den genannten Verfassungsgesetzen zu sehen ist. Aus der Sicht der Denkmalschutzbehörde überwiegt der Denkmalbelang insoweit deutlich.“

Am 13.2.2012 legte die Klägerin Widerspruch ein und führte zur Begründung aus, die Pfarrscheune werde seit längerem fremdgenutzt, so dass die Änderung des Erscheinungsbildes dem denkmalpflegerischen Interesse nicht entgegenlaufe. Sie diene lediglich zum Abstellen landwirtschaftlicher Maschinen. Durch die Errichtung der Photovoltaikanlage werde in die Dachkonstruktion nicht eingegriffen. Die Photovoltaikanlage diene dem Klimaschutz und der Erzielung von Einnahmen und damit auch der langfristigen Erhaltung der Scheune. Vom

öffentlichen Straßenraum her sei sie nur schwer einsehbar. Daher greife sie in den Umgebungsschutz nicht derart ein, dass eine Versagung der Genehmigung gerechtfertigt wäre. Eine empfindliche Störung des Erscheinungsbildes des Denkmals liege nicht ansatzweise vor. Auf Grund der Lage sowohl des ganzen Kirchenkomplexes wie auch der Pfarrscheuer bestehe kaum die Möglichkeit, die Photovoltaikanlage als störend zu empfinden. In der ganzen Gemeinde befänden sich Dächer, die mit Photovoltaikanlagen bestückt seien. Auch sei zu berücksichtigen, dass die Anlage einen untergeordneten Teil der Dachfläche einnehme. Bei der Beurteilung der Erheblichkeit seien maßgeblich die denkmalrechtlichen Bedeutungskategorien heranzuziehen. Durch die Photovoltaikanlage werde die Scheune weder im Mauerwerk noch im Dachstuhl beeinträchtigt. Das biberschwanzgedeckte Dach als solches sei nicht wesentlich prägend. Für die wissenschaftliche Bedeutung spiele die Traditionsgebundenheit des Wiederaufbaus insbesondere in der Fassaden- und in der Innenraumgestaltung eine zentrale Rolle. Die geplante Photovoltaikanlage greife hier nicht ein. Auch ein Eingriff in die heimatgeschichtliche Bedeutung sei nicht ersichtlich. Es sei davon auszugehen, dass die Photovoltaikanlage als letztlich untergeordnetes Zugeständnis an moderne technische Entwicklung die Scheune nicht in der Weise präge, die ihre geschichtsträchtige Dimension verdränge. Die Veränderung sei im vorliegenden Fall nicht als belastend einzustufen, da in der näheren Umgebung des Kulturdenkmals mehrere Photovoltaikanlagen errichtet seien. Von jedem Blickpunkt auf die Scheune seien neben der geplanten Anlage auch andere Photovoltaikanlagen in unmittelbarer Umgebung und im Gemeindegebiet sichtbar. Darüber hinaus stelle die Nichterteilung der Genehmigung einen Eingriff in das Grundrecht der Religionsfreiheit dar. Unbeachtlich sei auch, ob die Kirchengemeinde freies Vermögen nicht zwingend in eigene Gebäude investieren müsse. Entscheidend sei, dass sie im Rahmen der Religionsfreiheit selbst entscheiden könne, ob und wo sie Investitionen tätigt. Unschädlich sei, dass hier lediglich ein glaubensgeleitendes Handeln vorliege und nicht Gebet, Liturgie oder Verkündung im engen Verständnis. Hinsichtlich der Denkmalschutzbelange sei zu berücksichtigen, dass die Photovoltaikanlage nicht die gesamte Dachfläche in Anspruch nehmen solle. Unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Verankerung des Klimaschutzes und des Interesses an der Erschließung erneuerbarer Energien müsse im vorliegenden Fall der Denkmalbelang zurücktreten, insbesondere deshalb, da eine Beeinträchtigung des Umgebungsschutzes im vorliegenden Fall auf Grund der Vorbelastung nicht gegeben sei. Die Errichtung der Anlage im Bodenbereich vor der Scheune sei rein theoretisch möglich. Jedoch müssten dann die vorhandenen Bäume und Sträucher entfernt werden, um wirtschaftlich sinnvolle Energieerträge zu erzielen. Dabei sei auch

zu berücksichtigen, dass die Bodenfläche bislang landwirtschaftlich genutzt werde.

Durch den Widerspruchsbescheid vom 12.7.2012 wies das Regierungspräsidium Tübingen den Widerspruch zurück und führte in der Begründung im Wesentlichen aus, das Vorliegen einer erheblichen Beeinträchtigung der Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung Pfarrkirche und Pfarrhaus sei im Urteil des VGH bindend festgestellt. Bei der Ermessensausübung mache sich das Regierungspräsidium die Ausführungen im Bescheid vom 30.1.2012 zu eigen. Weiter wurde ausgeführt:

„Soweit die Widerspruchsbegründung auf die zahlreichen in E. vorhandenen Photovoltaikanlagen hingewiesen hat, ist dies richtig. Die Dachlandschaft von E. ist durch Photovoltaikanlagen geprägt. Ausgenommen hiervon ist allein der unmittelbare Umgebungsbereich von Kirche und Pfarrhaus in deren dominierender Lage. Dieser Bereich unmittelbar um diese Kulturdenkmale ist im Gegensatz zum unteren Dorf durch die ruhige, ungestörte und die genannten Kulturdenkmale besonders betonende Dachlandschaft seinerseits gekennzeichnet. Dies verleiht den Kulturdenkmalen ihr spezifisches Erscheinungsbild und ihre Würde als krönende Elemente für die Ortschaft. Diese Beschränkung des denkmalrechtlich geschützten Umgebungsbereiches auf den unmittelbaren Nahbereich der Kulturdenkmale kommt im Übrigen dem Anliegen des Klimaschutzes und der Förderung erneuerbarer Energien entgegen, diese überall dort verwirklichen zu können, wo kein durchschlagender entgegenstehender öffentlicher Belang wie vorliegend der Umgebungsschutz für einen eng begrenzten Bereich vorhanden ist.

Das Landratsamt hat die Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der Kulturdenkmale als besonders wichtiges öffentliches Interesse in die Abwägung mit den Gesichtspunkten des Eigentümerinteresses, des spezifischen Interesses der Gemeinde und des verfassungsrechtlich geschützten Klimaschutzes eingebracht. Hierbei hat es zu Recht die gravierende Beeinträchtigung des Denkmalschutzinteresses als besonders schwerwiegend gewichtet und überwiegen lassen. Es hat auch richtigerweise in die Abwägung einfließen lassen, dass Photovoltaikanlagen und Anlagen des Klimaschutzes auf einer Vielzahl von Gebäuden und Grundstücken aufgebracht werden und aufgebracht werden können, während es ungestörte Umgebungsbereiche für das Erscheinungsbild von Kulturdenkmalen von besonderer Bedeutung in der vorliegenden Qualität nicht mehr viele gibt.“

Am 20.8.2012 hat die Klägerin beim VG Sigmaringen Klage erhoben. Sie beantragt, den Bescheid des Landratsamts Alb-Donau-Kreis vom 30.1.2012 und den Widerspruchsbescheid des Regierungspräsidiums Tübingen vom 12.7.2012 aufzuheben und den Beklagten zu verpflichten, die beantragte Genehmigung zu erteilen. Zur Begründung trägt sie vor, in den angefochtenen Bescheiden sei das Ermessen falsch ausgeübt worden. Die Beteiligteninteressen seien unzutreffend gewichtet worden. Die Photovoltaikanlage diene u.a. dem Klimaschutz und der Erzielung von Einnahmen, durch die gewährleistet sei, dass die Scheune lang-

fristig erhalten bleibe. Die weitere Begründung entspricht inhaltlich der der Widerspruchsbegründung.

Die Kammer hat in der mündlichen Verhandlung die Örtlichkeit, insbesondere die Einsichtsmöglichkeit auf E. und den Pfarrhof von außen her erneut in Augenschein genommen. Zunächst ist die Perspektive von der Gemeindeverbindungsstraße von Z. her und dem dort in westlicher Richtung verlaufenden Feldweg in Augenschein genommen worden. Hierzu haben die Vertreter des Referats Denkmalpflege beim Regierungspräsidium Tübingen, Frau W. und Herr R., darauf hingewiesen, aus dieser Blickrichtung trete die für die Photovoltaikanlage vorgesehene Dachhälfte der Pfarrscheune sowie das Pfarrhaus stets miteinander in Erscheinung. Auch sei aus dieser Blickrichtung sehr deutlich die Zusammengehörigkeit und topographisch herausgehobene Lage des Pfarrhofes sichtbar. Derartiges müsse inzwischen als ausgesprochene Rarität angesehen werden. Sodann ist die Perspektive von Nordosten her (der Straße von E. nach E. bzw. L.) in Augenschein genommen worden. Hierzu haben insbesondere die Vertreter der Klägerin geltend gemacht, dies sei die „Postkartenansicht“ E. und von dort aus sei die geplante Photovoltaikanlage nicht sichtbar. Auch erscheine die Scheune von dieser Ansicht her als relativ weit vom Pfarrhaus weg stehend. Die Vertreter des Referats Denkmalpflege haben dazu erläutert, in der Denkmalpflege sei es nicht das Ziel, eine oder wenige „Postkartenansichten“ zu erhalten. Die Bauwerke seien dreidimensional geschützt. Man könne also nicht sagen, dass eine optische Beeinträchtigung nur relevant sei, wenn sie von mehr als einer bestimmten Anzahl Standorte oder einem Winkel bestimmter Größe eingesehen werden könne. In E. sei bedeutend, dass das Pfarrhaus und die Scheune auch von der Südseite von öffentlichen Flächen her einsehbar seien. Dort gebe es nicht nur die Straße von Z., sondern auch Feldwege, die als viel begangene Wanderwege fungierten. Von dort sei auch optisch die Zuordnung der Scheune zum Pfarrhaus deutlich, gerade auch durch die topographische Struktur, indem nämlich der Pfarrhof etwas erhöht über dem Dorf liege. Auch die räumliche Nähe der Scheune zum Pfarrhaus werde deutlich. Man würde auch zwingend Scheune und Pfarrhaus miteinander wahrnehmen, so dass das Erscheinungsbild des Pfarrhauses durch die Photovoltaikanlage beeinträchtigt sei. Weil die Objekte dreidimensional geschützt seien, komme es auch nicht darauf an, dass es Standorte gebe, von denen aus die Photovoltaikanlage nicht sichtbar sei. Bei der Betrachtung sei auch deutlich, dass der Bereich um den Pfarrhof bisher frei von Photovoltaikanlagen sei. Die zahlreichen in E. vorhandenen Anlagen würden als weiter entfernt wahrgenommen. Eine relevante Vorbelastung bezogen auf den Pfarrhof gebe es nicht. Wegen seiner Unberührtheit sei dieser „Nahbereich“ auch sehr schützenswert.

Die Klage blieb ohne Erfolg.

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist nicht begründet. Die angefochtenen Bescheide sind rechtmäßig und verletzen die Klägerin nicht in ihren Rechten. Sie hat keinen Anspruch auf die Erteilung der denkmalschutzrechtlichen Genehmigung oder eine Neubescheidung. Ermessensfehler liegen nicht vor (vgl. § 113 Abs. 1, 5 VwGO).

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist in rechtlicher Hinsicht lediglich noch die Vorschrift des § 15 Abs. 3 DSchG, da in dem vorangegangenen Verfahren der dort geregelte sogenannte Umgebungsschutz nicht behandelt worden war. Die Vorschrift lautet wie folgt:

§ 15 Wirkung der Eintragung

(3) Bauliche Anlagen in der Umgebung eines eingetragenen Kulturdenkmals, soweit sie für dessen Erscheinungsbild von erheblicher Bedeutung ist, dürfen nur mit Genehmigung der Denkmalschutzbehörde errichtet, verändert oder beseitigt werden. Andere Vorhaben bedürfen dieser Genehmigung, wenn sich die bisherige Grundstücksnutzung ändern würde. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn das Vorhaben das Erscheinungsbild des Denkmals nur unerheblich oder nur vorübergehend beeinträchtigen würde oder wenn überwiegende Gründe des Gemeinwohls unausweichlich Berücksichtigung verlangen.

Dass die beantragte Photovoltaikanlage auf dem Dach der Pfarrscheune das Erscheinungsbild des Pfarrhauses erheblich beeinträchtigt, hat der VGH Baden-Württemberg in seinem Urteil vom 1.9.2011 -1 8 1070/11- (KirchE 58, 126) bereits ausgeführt (...). Dem schließt sich die Kammer an. Liegt also eine erhebliche Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes von Pfarrkirche und Pfarrhaus vor, hat dies zur Folge, dass über den Genehmigungsantrag nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden ist. Die im Rahmen dieser Ermessensentscheidung zu berücksichtigenden Interessen und Belange hat der Beklagte in nicht zu beanstandender Weise für sich und im Verhältnis zueinander gewichtet. Auf die wirtschaftlichen Interessen der Klägerin, also deren Einnahmeerzielungsabsicht, die geltend gemachten kirchlichen Belange, nämlich der Gesichtspunkt der Bewahrung der Schöpfung sowie das kirchliche Selbstbestimmungsrecht (Art. 140 GO iVm Art. 137 Abs. 3 WRV) und die Religionsfreiheit (Art. 4 GO), ist der Beklagte in den angefochtenen Bescheiden zwar nur kurz eingegangen, hat jedoch in ausreichender Weise deutlich gemacht, dass diese wie bereits im vorangegangenen Widerspruchsbescheid vom 30.3.2009 gewichtet werden, was schon die Billigung des VGH Baden-Württemberg in dem Urteil vom 1.9.2011 gefunden hat. Im Gegensatz zu dem vorangegangenen Verfahren ist auch der Gesichtspunkt des Klimaschutzes und seiner Verankerung in Art. 20a GG und Art. 3a der Landesverfassung zutreffend berücksichtigt worden. Die angefoch-

tenen Bescheide machen deutlich, dass das Gewicht dieses Belanges ebenso gesehen wurde wie auch, dass wegen des Gesichtspunkts des Klimaschutzes Beeinträchtigungen des äußeren Erscheinungsbildes eines Kulturdenkmals durch Photovoltaikanlagen in stärkerem Maße hinzunehmen sein können als andere bauliche Veränderungen. Zutreffend ist auch, wenn der Beklagte ausführt, auch der Denkmalschutz sei durch Art. 3c Abs. 2 der Landesverfassung verfassungsrechtlich geschützt, und dass der Umstand, dass eine Verankerung des Denkmalschutzes im Grundgesetz fehle, lediglich durch die Kompetenzordnung begründet sei und nicht den Schluss auf ein per se geringeres Gewicht des Denkmalschutzes zulasse. Nicht zu beanstanden ist auch, dass der Beklagte gleichwohl im vorliegenden Fall die Belange des Denkmalschutzes als vorrangig gewertet hat. Bereits in den Bescheiden und wiederum in der mündlichen Verhandlung haben die Vertreter des Beklagten überzeugend dargelegt, dass die Sachgesamtheit aus Pfarrhaus und Pfarrscheune denkmalpflegerisch einen überaus hohen Rang besitzen. Die Darlegungen im Rahmen der mündlichen Verhandlung sind (auch) als Ergänzung von schon vorhandenen Ermessenserswägungen (vgl. § 114 Satz 2 VwGO) zu werten und überzeugen die Kammer. Hierbei ist bedeutend, dass der Pfarrhof, bestehend aus dem Pfarrhaus und der Scheune, schon von seiner topographischen, etwas erhöhten Lage als zusammengehörig wahrgenommen werde und auch optisch aus dem öffentlichen Raum einsehbar sei. Dies hebt das Pfarrhaus über ein „Durchschnittsdenkmal“ hinaus und verleiht den denkmalpflegerischen Belangen hohes Gewicht. Dabei ist weiter von Bedeutung, dass der Nahbereich um den Pfarrhof tatsächlich bislang frei von Photovoltaikanlagen ist. Die Tatsache, dass es Blickwinkel auf E. gibt, von denen aus die Photovoltaikanlage nicht einsehbar wäre, erlaubt nicht, diesen denkmalpflegerischen Belang geringer zu bewerten. Denn bei der Beurteilung der Auswirkungen einer Photovoltaikanlage wird es immer Standorte geben, von denen aus die Anlagen nicht einsehbar sind. Diese werden naturgemäß nördlich der Anlagen liegen, weil die Anlagen weitestgehend in südlicher Richtung ausgerichtet werden. Überzeugend hat der Beklagte indes auch darauf abgestellt, dass es bei der Denkmalpflege nicht allein um den Schutz einer Perspektive bzw. eines „Postkartenmotivs“ geht. Erkennt man jedoch an, dass Ziel des Denkmalschutzes die Wirkung und das Erscheinungsbild der geschützten Gebäude insgesamt sind, erschließt sich, dass das Pfarrhaus in E. und der Nahbereich darum besonders hochrangige Denkmale darstellen und sich dieser Belang gegen denjenigen des Klimaschutzes durchsetzt. Für die Belange des Denkmalschutzes spricht, dass das Pfarrhaus nicht nur iSv § 12 DSchG ein Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung darstellt, sondern auch innerhalb dieser Schutzkategorie wegen der in sich geschlossenen, räumlich abgegrenzten und im Nahbereich von Photovoltaikanlagen nicht beeinträchtigten Er-

scheinung dem „oberen Bereich“ zuzuordnen ist. Ausgehend hiervon ist nicht zu beanstanden, dass der Beklagte hier die Belange des Denkmalschutzes über die anderen genannten Belange gestellt hat.

Zum Aspekt der „Vorbelastung“ bzw. „Unberührtheit“ ist ferner noch folgende Überlegung wichtig: Würde man im vorliegenden Verfahren wegen der in E. bereits existierenden Photovoltaikanlagen die Schutzwürdigkeit des Pfarrhauses bei der Beurteilung im Rahmen des § 15 Abs. 3 DSchG geringer ansetzen, wäre die Denkmalschutzbehörde faktisch gezwungen, künftig in anderen Fällen quasi nach dem Grundsatz „wehret den Anfängen“ zu versuchen, Photovoltaikanlagen weitergehend als bisher zu verhindern, um einen ausreichenden Umgebungsschutz sicherstellen zu können. Sie müsste also eine an ein Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung „heranrückende Photovoltaiknutzung“ viel früher zu verhindern versuchen als es der bisherigen Praxis entspricht. Eine solche Entwicklung anzustoßen wäre den Zielen des Klimaschutzes und der Förderung regenerativer Energien jedoch kontraproduktiv.

Nachdem keine Ermessensfehler vorliegen, sind die angefochtenen Bescheide nicht zu beanstanden und war die Klage abzuweisen.

3

Einem Verband von Priestern und kirchlichen Mitarbeitern, der eine gewerkschaftliche Zielsetzung verfolgt, muss die Zuerkennung von Rechtspersönlichkeit und die Eintragung in das Gewerkschaftsregister nach weltlichem Recht versagt werden, wenn der örtlich zuständige Bischof eine nach kirchlichem Recht erforderliche Zustimmung nicht erteilt hat.

Art. 9, 11 EMRK

EGMR, Urteil vom 9. Juli 2013 -No. 2330/09-
(Sindicatul „Păstorul cel Bun“ ./ Rumänien)¹

THE FACTS

I. The circumstances of the case

[10] On 4 April 2008 thirty-two Orthodox priests from parishes of the Metropolis of Oltenia, most of which were within the jurisdiction of the Archdiocese of Craiova (a region of south-western Romania), and three lay employees of the same archdiocese held a general meeting at which they decided to form the

¹ Hudoc. Zusammenfassung: Österreichisches Institut für Menschenrechte NLMR 4/2013-EGMR.

Păstorul cel Bun trade union. The relevant parts of the union's constitution, as adopted at the meeting, read as follows:

"The aim of the union of clergy and lay persons working in parishes or other ecclesiastical bodies within the administrative and territorial jurisdiction of the Metropolis of Oltenia has been freely defined. It shall consist in representing and protecting the professional, economic, social and cultural rights and interests of its members, both clergy and laity, in their dealings with the Church hierarchy and the Ministry of Culture and Religious Affairs. In order to achieve the above aim, the union shall:

- (a) ensure respect for the fundamental rights of its members to work, dignity, social protection, safety at work, rest, social insurance, unemployment benefits, pension entitlements and other entitlements laid down in the legislation in force;
- (b) ensure that each of its members is able to carry out work corresponding to his professional training and skills;
- (c) ensure compliance with the statutory provisions concerning the duration of leave and days of rest;
- (d) promote initiative, competition and freedom of expression among its members;
- (e) ensure the implementation and strict observance of the statutory provisions concerning protection of employment and the rights deriving therefrom;
- (f) ensure the full application of the provisions of Law no. 489/2006 on religious freedom and the legal status of religious denominations, the Statute of the Romanian Orthodox Church and the Holy Canons of the Romanian Orthodox Church;
- (g) negotiate collective agreements and contracts of employment with the Archdiocese and the Metropolis expressly setting out all the rights and duties of the clergy and laity;
- (h) afford protection to its president and representatives, both during and after their terms of office;
- (i) ensure that it is represented at all levels and on all decision-making bodies, in accordance with the statutory provisions in force;
- (j) use petitions, demonstrations and strikes as means of defending its members' interests and protecting their dignity and fundamental rights;
- (k) take legal action against any individuals or other entities acting in breach of employment legislation, trade-union law, the provisions of the collective agreement signed with in the Metropolis or employment contracts, if it has proved impossible to resolve the disputes in question by means of negotiation;
- (l) ensure the observance and implementation of statutory provisions relating to remuneration and guarantees of decent living conditions;
- (m) strive to secure to the clergy and laity the benefit of all the rights enjoyed by other sectors of society;
- (n) set up mutual-aid funds;
- (o) produce and issue publications providing information to its members and defending their interests;
- (p) establish and operate cultural, educational and research organisations in the trade-union sphere, as well as social and socio-economic institutions, in accordance with the relevant statutory provisions and in the interests of its members;
- (r) raise funds to support its members;
- (s) organise and fund religious activities;

- (s) make proposals for elections to local Church bodies and put forward a priest from among its members to take part in the Holy Synod of the Romanian Orthodox Church;
- (t) ask the Archdiocese to submit a report on its revenues and expenditure to the Assembly of Priests; and
- (t) ask the Archdiocesan Council to notify it, on a quarterly or annual basis, of any decisions relating to appointments, transfers and allocation of budgetary resources.”

[11] In accordance with the Trade Unions Act (Law no. 54/2003), the union’s elected president applied to the Craiova Court of First Instance for the union to be granted legal personality and entered in the register of trade unions, submitting that the application for registration was in conformity with that Act and that the formation of a trade union was not prohibited by the Religious Freedom Act (Law no. 489/2006).

[12] The public prosecutor’s office, representing the State in the proceedings, supported the application for registration, submitting that the establishment of a trade union for members of the clergy and lay staff was not in breach of any provision of the law. It added that since the union’s members were employees working under contracts of employment, they were entitled, like any other employees, to join together as part of a trade union to defend their rights.

[13] The Archdiocese of Craiova, intervening in the proceedings as a third party, confirmed that the union’s members were employed by the Archdiocese but argued that the establishment of the union, without the Archbishop’s consent and blessing (“permission”), was prohibited by the Statute of the Romanian Orthodox Church, as approved by Government Ordinance no. 53/2008. It added that the Statute barred priests from taking part in proceedings in the civil courts, even in connection with personal disputes, without the archbishop’s prior written permission. Pointing out that priests chaired parish assemblies and governing bodies, the Archdiocese submitted that they were thus unable to form trade unions since the Trade Unions Act prohibited anyone performing management functions from doing so. Lastly, it produced written statements from eight members of the union indicating that they no longer wished to be part of it.

[14] Having observed that the application for registration satisfied the formal requirements of the Trade Unions Act, the court decided that the application should be examined in the light of Articles 2 and 3 of that Act, Article 39 of the Labour Code, Article 40 of the Constitution, Article 22 of the International Covenant on Civil and Political Rights and Article 11 of the European Convention on Human Rights.

[15] In a judgment of 22 May 2008, the court allowed the union’s application and ordered its entry in the register of trade unions, thereby granting it legal personality.

[16] The relevant passages of the judgment read as follows:

“The third party submits that the application to form the trade union infringes both the special legislation on religious freedom and the legal status of religious denominations and also, in the absence of any blessing from the Archbishop or of any prior written permission to take part in court proceedings (a requirement that applies even to personal disputes), the Statute of the Romanian Orthodox Church.

Having regard to the provisions of the Church’s Statute and of the Religious Freedom Act (Law no. 489/2006), the court dismisses the third party’s arguments as unfounded for the reasons set out below.

The court notes that, pursuant to section 5(4) of Law no. 489/2006, religious communities, associations and groups are required to observe the Constitution and their activities must not threaten national security, public order, public health and morals or fundamental rights and freedoms.

The court further observes that the Statute of the Church, as approved by Government Ordinance no. 53/2008, does not expressly forbid the establishment of a trade union for clergy and lay staff in accordance with labour legislation. The third party, which contends that the right to form a trade union is subject to receiving the archbishop’s blessing, has not disputed that the union’s founding members are contractual employees.

The third party’s arguments have been analysed in the light of both sections 7 to 10 of the Religious Freedom Act, which acknowledges the important role of the Romanian Orthodox Church and its organisational and operational autonomy, and section 1(2) of the same Act, which provides that ‘no one shall be prevented from or coerced into embracing a religious opinion or faith contrary to his or her beliefs’ and that ‘no one shall suffer discrimination or persecution or be placed in an inferior position on account of his or her faith, membership or non-membership of a religious denomination, group or association, or for exercising freedom of religion in accordance with the law’.

In so far as members of the clergy and laity are recognised as employees, they have the statutory right to form a trade union. This right cannot be subject to any restrictions based on religious affiliation or to prior consent from the hierarchy.

In the court’s opinion, the principle of hierarchical subordination and obedience set forth in the Statute cannot be used as a basis for restricting the right to form a trade union; the only permissible restrictions in this sphere must be prescribed by law and necessary in a democratic society in the interests of national security, public safety, the prevention of disorder or crime, the protection of health or morals, or the protection of the rights and freedoms of others.

The third party’s argument that the applicants did not obtain the archbishop’s permission to take part in proceedings in the civil courts must likewise be dismissed, given that Article 21 of the Constitution provides: ‘Everyone shall be entitled to apply to the courts for protection of his rights, freedoms or legitimate interests. The exercise of this right shall not be restricted by any statute.’

The establishment of a trade union does not necessarily indicate the existence of a dissident strand within the Romanian Orthodox Church with a disregard for hierarchy and the rules imposed by the Church; on the contrary, it is likely to contribute to employer-employee dialogue on such matters as negotiation of employment contracts, observance of working and non-working hours and the rules on remuneration, protection of health and safety at work, vocational training, medical cover and the opportunity to elect repre-

sentatives and stand for election to decision-making bodies, with due regard for the special characteristics of the Church and its religious, spiritual, cultural, educational, social and charitable purpose.

Having regard to the foregoing, in accordance with section 15 of Law no. 54/2003, the court allows the application, dismisses the objection by the third party, grants legal personality to the union and orders its entry in the register of trade unions.”

[17] The Archdiocese challenged that judgment, arguing that the provisions of domestic and international law on which it was based were not applicable to the case at hand. Relying on Article 29 of the Constitution, which guarantees religious freedom and the autonomy of religious communities, it contended that the principle of religious freedom could not be overridden by other constitutional principles such as freedom of association, including the right to organise.

[18] It submitted that the emergence within the structure of the Church of a trade union-type organisation for members of the clergy would seriously imperil the freedom of religious denominations to organise themselves in accordance with their own traditions. The first-instance court’s judgment had added a new institution to the existing Church institutions, namely a trade union for priests, thereby jeopardising the autonomy of religious communities as guaranteed by the Constitution.

[19] The Archdiocese also criticised the applicant union’s stated aims, contending that they conflicted with the duties that were set out in the “job description” and accepted by priests by virtue of their “vow of faith”. It pointed out that upon ordination, all priests had undertaken to abide by all the provisions of the Church’s Statute, the rules of procedure of the Church’s disciplinary and judicial bodies and the decisions of the Holy Synod of the Romanian Orthodox Church, local church assemblies and the parish council.

[20] In June 2008 the Holy Synod declared that initiatives by priests from various regions of the country to set up trade unions were in breach of the law, the canons and the Church’s Statute.

[21] In a final judgment of 11 July 2008 the Dolj County Court allowed the appeal by the Archdiocese and revoked the registration of the trade union.

[22] The relevant passages of the judgment read as follows:

“The Romanian Orthodox Church is organised and operates in accordance with its Statute, as approved by Government Ordinance no. 53/2008. The Statute prohibits priests from setting up associations, foundations or organisations of any kind, and hence trade unions. This prohibition is designed to safeguard the rights and freedoms of the Romanian Orthodox Church by allowing it to preserve the Orthodox tradition and its founding tenets. By virtue of section 6(2) of Law no. 54/2003, internal regulations may not contain any provisions that are in breach of the Constitution or the law.

The establishment of a trade union would result in the consultative and deliberative bodies provided for by the Statute being replaced by or obliged to work together with a new body (the trade union) not bound by the traditions of the Church and the rules of canon law governing consultation and decision-making.

The freedom to organise religious communities is recognised by the Constitution and Law no. 489/2006 on religious freedom and the legal status of religious denominations. Each denomination draws up its own statutes governing its internal organisation, its members' rights and obligations, its decision-making procedures and the operation of its disciplinary bodies.

Pursuant to Article 14 (w) of [the Statute of the Orthodox Church], the Holy Synod takes decisions concerning the establishment, operation or dissolution of national ecclesiastical associations and foundations set up and managed by the Romanian Orthodox Church; [it] grants or denies permission for the establishment, operation or dissolution of ecclesiastical associations and foundations which have their own governing bodies and operate within the territorial subdivisions of the Romanian Orthodox Patriarchate.

It follows from the above-mentioned provisions, which make no reference to trade unions, that the associations and foundations must be ecclesiastical and national in nature.

It also follows from Article 50 (e) of the Statute of the Orthodox Church that priests may not represent their parishes in court proceedings without the bishop's prior written consent. Similarly, in view of the oath of obedience towards the bishop which they took upon ordination, members of the clergy may not take part in court proceedings concerning personal matters without the bishop's prior written permission.

Law no. 54/2003 provides that persons performing management functions or functions involving the exercise of public authority, the judiciary, the military, the police and members of the special forces may not set up trade unions.

In the present case the Statute defines the parish, which is a subdivision of the Orthodox Church, as a community of Orthodox Christians, both clergy and laity, established within a specified geographical area, under the ecclesiastical, legal, administrative and economic authority of the diocese, and led by a priest.

An examination of the list of priests involved in the present case reveals that they chair their parish assemblies and councils. Since they perform management functions and receive stipends on that account in accordance with the above-mentioned provisions, they may not form trade unions.

Having regard to the foregoing, the court allows the appeal, quashes the judgment and refuses the application for registration of the trade union."

[23] On 29 September 2008 the attempt to set up the applicant union was discussed within the Synod of the Metropolis of Oltenia. The Synod decided that if the union's members were to lodge an application with the Court, they should be punished and referred to the disciplinary bodies. As a result, the members concerned were summoned to the Archdiocese headquarters, where some of them signed declarations to the effect that they no longer wished to pursue the application.

[24] In a letter of 21 June 2010, the chancery of the Romanian Orthodox Patriarchate reminded the Archdiocese that priests were forbidden to apply to

domestic and international courts without the consent of their hierarchy and asked it to obtain written declarations from the priests in question stating that they no longer wished to pursue the application and, in the event of their refusal, to refer them to the appropriate disciplinary bodies. Some of the priests, despite having signed the declarations, informed the Court that they intended to pursue the application lodged on behalf of the union.

[25] On 19 April 2010 three priests who had been members of the applicant union set up an association called Apostolia together with five other people. The association received the approval of the Archbishop of Craiova, who made premises available for use as its headquarters. It was registered with the Craiova Court of First Instance on 8 June 2010.

[26] The association's aims, as set out in its constitution, are: to educate the people in the spirit of Orthodox morality; to promote a sense of solidarity between the clergy and the faithful; to raise funds for the publication of documents to defend the faith and traditions; to organise and support cultural, religious and social activities; to take a stand against events, initiatives and demonstrations that denigrate Christian morality, the Orthodox faith, national identity and traditions; and to use all legal means to publicise its own decisions concerning the protection of pastoral, social and professional interests.

II. Relevant domestic and international law and practice

A. Domestic law and practice

1. The Constitution

[27] The relevant provisions of the Constitution read as follows:

Article 29

"Freedom of thought and opinion and freedom of religion shall not be restricted in any form. No one shall be compelled to embrace an opinion or religion contrary to his or her own beliefs.

Freedom of conscience is guaranteed; it must be manifested in a spirit of tolerance and mutual respect.

Religious denominations shall be free and religious communities shall be organised in accordance with their own regulations, subject to the conditions laid down by law.

All forms, means, acts and actions of religious enmity shall be prohibited in relations between religious denominations.

Religious communities shall enjoy autonomy in relation to the State and shall receive State support, including the provision of facilities offering religious assistance in the army, hospitals, prisons, asylums and orphanages."

Article 40

"Citizens may freely associate to form political parties, trade unions, employers' organisations and other forms of association."

Article 41

“The right to work shall not be restricted. Everyone is free to choose his or her profession, trade or occupation and workplace.

Employees are entitled to social protection measures. These concern employees’ health and safety, working conditions for women and young people, the establishment of a national gross minimum wage, weekly rest, paid annual leave, work performed in particular or special conditions, vocational training, and other specific situations as provided for by law.

The normal average working day is a maximum of eight hours.

For equal work, women shall receive equal pay to men.

The right to collective labour bargaining and the binding force of collective agreements shall be guaranteed.”

2. *The Trade Unions Act*

[28] The Trade Unions Act (Law no. 54/2003), in force at the material time, has been replaced by the Social Dialogue Act (Law no. 62/2011), which has incorporated the previous provisions concerning trade-union freedom. These provisions read as follows:

Section 2

“Anyone discharging duties on the basis of a contract of employment, including public officials, shall have the right to form and to join trade unions.

The establishment of a trade union shall require a minimum of fifteen members engaged in activities within the same profession or sector of activity.

No one shall be compelled to join, not to join or to leave a trade union.”

Section 3

“Persons performing management functions or functions involving the exercise of public authority, the judiciary, the military, the police and members of the special forces may not set up trade unions.”

Section 6(2)

“The internal regulations may not contain any provisions that are in breach of the Constitution or the law.”

Section 14

“In order for the trade union to acquire legal personality, the representative of its founding members must submit an application for registration to the court of first instance within whose jurisdiction its registered office is located.

Two copies of the following documents, certified by the trade union’s representative, must be appended to the application for registration:

(a) the minutes of the founding meeting of the trade union, signed by at least fifteen founding members;

(b) the constitution of the trade union;

(c) the list of members of the union’s governing bodies ...;

(d) the authority form for the representative ...”

Section 15

“The competent court of first instance shall examine the application for registration within five days, verifying whether:

- (a) the documents referred to in section 14 above have been appended;
- (b) the minutes of the trade union's founding meeting and its constitution are in conformity with the applicable statutory provisions.

If the court of first instance finds that the statutory conditions for registration have not been met, the president shall summon the trade union's representative to a private meeting and shall ask the representative, in writing, to remedy the situation within seven days. If the court finds that the application for registration satisfies the requirements of the first subsection of this section, it shall proceed, within ten days, to examine the application for registration in the presence of the union's representative.

The court of first instance shall allow or refuse the application for registration in a reasoned judgment.

The judgment shall be transmitted to the union's representative within five days of its delivery."

Section 16

"An appeal on points of law shall lie against the judgment of the court of first instance."

Section 27

"To achieve their aims, trade unions shall be entitled to use specific means of action, such as negotiation, mediation, arbitration, conciliation, petitions, demonstrations and strikes, in accordance with their constitution and subject to the conditions laid down by law."

Section 28

"Trade unions shall defend their members' rights under labour law ..., collective agreements and contracts of employment before the domestic courts and in dealings with other public authorities ...

In exercising this prerogative, [they] shall be entitled to take any form of action provided for by law, including applying to the courts on behalf of their members, without requiring an express instruction from them. ..."

Section 29

"Trade unions may submit proposals to the competent authorities concerning regulations in fields relating to the right to organise."

Section 30

"Employers shall invite delegates from representative trade unions to attend board meetings when issues of professional, economic, social, cultural or sporting interest are being discussed.

For the purpose of defending and promoting their members' professional, economic, social, cultural and sports rights and interests, trade unions shall receive from the employer the information required for the negotiation of collective agreements or, where appropriate, the conclusion of branch agreements, as well as information regarding the establishment and use of funds for the improvement of working conditions, workplace safety and social protection.

Decisions by the board and other similar bodies concerning matters of professional, economic, social, cultural or sporting interest shall be communicated to the trade unions in writing, within forty-eight hours of their adoption."

3. *The Religious Freedom Act*

[29] The relevant provisions of the Religious Freedom Act (Law no. 489/2006) read as follows:

Section 1

“The State shall respect and guarantee the right to freedom of thought, conscience and religion of any person within national territory, in accordance with the Constitution and international treaties to which Romania is a party.”

Section 5

“Members of religious communities shall be free to choose the form of association in which they wish to practise their faith – religious community, association or group – in accordance with the terms and conditions of this Act.

Religious communities, associations and groups shall be required to observe the Constitution and the law and not to threaten public safety, public order, health, morals and fundamental rights and freedoms.”

Section 8

“Recognised religious communities shall have the status of charitable corporations. Under the provisions of the Constitution and this Act, they shall be organised and shall operate independently in accordance with their own statutes or canons.”

Section 10

“The State shall contribute, on request, to the remuneration of clergy and lay staff of recognised religious communities, according to each community’s number of adherents and actual needs.”

Section 17

“On a proposal by the Ministry of Culture and Religious Affairs, the Government shall issue an ordinance granting the status of a State-recognised religious community to religious associations which, through their activities and number of members, are of public interest and of proven sustainability and stability.

The State shall recognise statutes and canons to the extent that their content does not threaten public safety, public order, health, morals or fundamental rights and freedoms.”

Section 23

“Religious communities shall select, appoint, employ and dismiss staff in accordance with their own statutes, codes of canon law and regulations.

Religious communities may impose disciplinary sanctions on their employees, in accordance with their own statutes, codes of canon law and regulations, for breaches of their doctrine or moral principles.”

Section 24

“Employees of religious communities which are affiliated to the State insurance scheme shall be subject to the legislation on the State social-security system.”

Section 26

“Matters of internal discipline shall be exclusively subject to the provisions of internal regulations and canon law.

The fact that a religious community has its own judicial bodies shall not preclude the application of criminal legislation in respect of its members.”

4. Law on the unitary wage scale for workers paid from public funds

[30] Law no. 330/2009, which has since been replaced by Law no. 284/2010, contained provisions on the remuneration of the clergy and lay staff. It provided that the State and local authorities were to pay all of the wages of members of the clergy employed in public institutions, and part of the wages of leaders of recognised religious communities and members of the clergy and laity employed by such communities.

[31] Thus, the State pays clergy employed by recognised religious communities a monthly stipend equivalent to between 65% and 80% of the salary of a State school teacher. Clergymen holding senior positions receive a higher stipend.

[32] A total of 16,602 posts are funded in this way, divided up among religious communities according to their number of adherents as established in the most recent population census. In the latest census (2011), 86% of the Romanian population identified themselves as Orthodox Christians. The State budget also covers all social-security contributions payable by employers in respect of members of the clergy employed by them.

[33] Lay staff receive a monthly allowance equivalent to the national guaranteed minimum wage. This allowance and all social-security contributions payable by employers in respect of these employees are covered by local authority budgets. The law provides for 19,291 posts for lay staff, divided up according to the same population-based criterion as for clerical staff (see paragraph 32 above).

[34] Priests and lay staff of religious communities pay social-security contributions calculated on the basis of their wages and enjoy all the rights deriving from them: medical insurance, unemployment insurance and pension entitlements. In 2010 their wages were reduced by the same percentage as those of public-sector employees (a reduction of 25%, with a view to balancing the State budget).

5. Internal organisation and regulations of the Romanian Orthodox Church

[35] The Romanian Orthodox Church became independent in 1885. It has close relations with Orthodox churches in other countries.

[36] Under the communist regime, Law no. 177/1949 guaranteed freedom of religion, and the Romanian Orthodox Church continued to operate under the supervision of the Ministry of Religious Affairs, which approved its Statute in 1949. Staff of the Church were paid from the State budget under the statutory provisions governing public servants.

[37] The current organisation of the Romanian Orthodox Church is governed by its own Statute, in accordance with the Religious Freedom Act (Law no.

489/2006). The Church is headed by a Patriarch and has six metropolises in Romania, which comprise archdioceses, dioceses and approximately 13,500 parishes, served by some 14,500 priests and deacons.

[38] The highest authority is the Holy Synod. It is made up of the Patriarch and all serving bishops. The central governing bodies also include the Church National Assembly, which includes three representatives of each diocese or archdiocese and is the central deliberative body, and the Church National Council, which is the central executive body.

[39] At local level, the parishes, comprising Orthodox clergy and congregations, are legal entities registered with the administrative and tax authorities for the purpose of their non-profit-making and commercial activities. The priest is responsible for the administration of the parish. He chairs the parish assembly (the deliberative body comprising all parishioners) and the parish council (the executive body).

[40] The current Statute of the Romanian Orthodox Church was adopted by the Holy Synod on 28 November 2007 and approved by a Government ordinance on 16 January 2008.

[41] The relevant provisions of the Statute read as follows:

Article 14 w

“The Holy Synod shall take decisions on the establishment, organisation and dissolution of national ecclesiastical associations and foundations. It shall grant or refuse permission (approval) for the establishment, organisation and dissolution of Orthodox associations and foundations that operate in dioceses and have their own governing bodies.”

Article 43

“The parish is the community of believers, clergy and laity, within a specified geographical territory and subject to the canonical, legal, administrative and economic authority of the diocese or archdiocese. It is led by a priest appointed by the bishop.”

Article 50

“In fulfilling their mission ..., priests shall perform the following duties:

- (a) celebrating Mass on Sundays, feast days and other days of the week ...; teaching religion in accordance with diocesan guidelines; and ensuring daily access to the church ...;
- (b) applying all the provisions of the Statute and of regulations issued by the Church and the central bodies at parish level;
- (c) implementing decisions by the hierarchy and the diocesan bodies concerning parish activities;
- (d) drawing up and implementing the annual programme of religious, social, charitable and administrative activities at parish level and informing the diocese and parishioners of these activities;
- (e) representing the parish in court proceedings and in dealings with the authorities or third parties, subject to prior written consent from the bishop; by virtue of the oath of obedience taken at the time of their ordination, members of the clergy and monks may not take part in court proceedings concerning personal matters without the bishop's prior written permission;

- (f) convening and chairing the parish assembly, parish council and parish committee;
- (g) implementing decisions of the parish assembly and council;
- (h) keeping a register of parishioners;
- (i) keeping a register of baptisms, marriages and deaths ...;
- (j) managing the parish assets in accordance with the decisions of the parish assembly and council and overseeing the management of the assets of cultural and social institutions and church foundations set up within the parish;
- (k) drawing up and keeping an inventory of all parish property ...”

Article 52

“Priests and other church staff have the rights and are bound by the obligations set forth in the Holy Canons, this Statute, church regulations and the decisions of the archdiocese.”

Article 88

“The bishop ... shall order the appointment, transfer or dismissal of clergy and lay staff in the different parishes ... He shall ensure the observance of discipline by members of the clergy and lay staff in his diocese, either directly or through ecclesiastical bodies.”

Article 123 §§ 7, 8 and 9

“Members of the clergy shall serve the diocese by virtue of the mission they have freely assumed and the vows and solemn public undertaking they read out and signed prior to their ordination. Before assuming their pastoral mission, they shall receive a decision from the bishop setting out their rights and duties.

Without the bishop’s permission, no priests, deacons or monks may form, be members of or take part in associations, foundations or other organisations of any kind.

The status of priest, deacon or monk is incompatible with the pursuit of any other personal activities of an economic, financial or commercial nature that are contrary to Orthodox Christian morals or the interests of the Church.”

Article 148

“The following ecclesiastical bodies shall have jurisdiction in matters of doctrine, morals, canon law and discipline in respect of serving or retired clergymen, priests and deacons:

(A) [General matters]:

- (a) the parish disciplinary consistory;
- (b) the diocesan or archdiocesan consistory;

(B) On appeal [by a staff member in the event of dismissal]: the Metropolitan Consistory, provided that the appeal has been declared admissible by the Metropolitan Synod or the Holy Synod.”

Article 150

“The parish disciplinary consistory shall act as a disciplinary tribunal ... and as a mediation body for disputes among church staff, or between the priest and the congregation.

If the parties are dissatisfied with its decision, the case shall be referred to the diocesan consistory, whose decision shall be final.”

Article 156

“By virtue of the autonomy of religious communities under the law, internal disciplinary matters shall be settled by the Church’s judicial bodies. Their decisions shall not be subject to appeal in the civil courts.”

[42] During 2004 the priests of the Archdiocese of Craiova signed employment contracts of indefinite duration with the Archdiocese. The contracts set out the parties' general rights and duties and specified the priests' place of work, position, working hours, annual leave entitlement and monthly salary. The job description appended to the contract listed the priests' duties as follows:

"Offering spiritual guidance to parishioners in accordance with church regulations;
 Celebrating Mass every Sunday and feast day; attending to parishioners and setting up home in the parish;
 Managing the assets of the parish and of Church cultural institutions and foundations;
 Drawing up and maintaining an inventory of the parish assets; managing the parish's finances and accounts; keeping records of parish revenue and expenditure and making them available to the archdiocesan inspectorate in the course of financial reviews and audits;
 Obtaining supplies of liturgical items from the archdiocese to be put on sale;
 Ensuring prompt payment of all financial contributions owed to the archdiocese;
 Refraining from taking part in court proceedings without the consent of the archdiocese, whether relating to disputes concerning the parish or to personal matters;
 Representing the parish in dealings with third parties in the event of a dispute;
 Refraining from any act that would be incompatible with the status of priest;
 Observing all the provisions of the Statute of the Church, other ecclesiastical instruments and the oath taken at the time of ordination.
 Any breach of the above-mentioned duties shall give rise to proceedings before the Church disciplinary bodies, which may impose a range of penalties up to and including dismissal."

[43] On 17 May 2011, in response to an enquiry from the Church, the Ministry of Labour informed the Patriarch that, following an examination of the relevant legislation, experts from the Ministry had reached the conclusion that the Labour Code was not applicable to the employment relationship between the Romanian Orthodox Church and members of the clergy and that, as a result, the Church was not obliged to sign individual employment contracts with them.

[44] Accordingly, from November 2011 the employment contracts in question were replaced, at the bishop's instigation, with appointment decisions issued by him. The decisions specified the place of work and the post occupied. They also stated the following:

"In discharging his duties, the priest shall be directly subordinate to the bishop. He must work together with the other priests of the parish and the diocesan representatives.
 The priest shall perform his tasks ... in accordance with the requirements of Article 50 (a)-(k) of the Statute of the Church.
 In fulfilling his mission, he must be familiar with and, in accordance with the oath taken at the time of his ordination, scrupulously abide by the Holy Canons, the Statute of the Church, ecclesiastical regulations and the decisions of the Holy Synod and the diocese. He

must submit to hierarchical authority and defend the legitimate interests of the Romanian Orthodox Church and his congregation.

From the date of his appointment, the priest shall be entered in the register of positions and salaries. His salary shall be determined in accordance with the statutory provisions governing remuneration of members of the clergy. He shall be entitled to annual leave calculated on the basis of seniority.

The priest shall be required to obtain supplies of items for sale (candles, calendars, liturgical items, books, and so on) from the diocese alone. He shall permanently supervise the activities of the kiosk (pangarul) where these items are on sale.

In the event of misconduct or breaches of discipline or of the duties set out in this decision, the priest shall be dismissed by the bishop ... He shall be punished in accordance with the rules of the Church's disciplinary bodies."

6. Domestic practice concerning the establishment of trade unions within the clergy and the existence of other forms of association within the Romanian Orthodox Church

[45] The law and the 1949 Statute did not provide for any restrictions on freedom of association for Orthodox believers and Church personnel. Under the communist regime, trade unions were set up by Church employees.

[46] In a final judgment of 4 October 1990 the Medgidia Court of First Instance, under the Political Parties and Other Forms of Association Act (Law no. 8 of 31 December 1989), authorised the operation of Solidaritatea, a trade union of Orthodox clergy and lay staff of the Archdiocese of Tomis (Constanța), and granted it legal personality.

[47] In its constitution the Solidaritatea trade union stated that its aims were to strive for "a renewal of spiritual life and a restructuring of administrative activities ... in line with the new requirements of democratic life and full freedom of thought and action, and in accordance with the principles set out in the doctrines and regulations of the Romanian Orthodox Church". It was envisaged that the union would be able to apply to the courts to defend its members' interests, that it would assist in drawing up civil and ecclesiastical regulations with a view to protecting its members' rights and interests, and that its members would be represented by its president on all the Church's decision-making bodies.

[48] In May 2012 the Archdiocese of Tomis sought a court order for the dissolution of the Solidaritatea trade union on the grounds that it had failed to observe its own constitution by not holding any general meetings, not appointing any executive bodies and not carrying out its intended activities. The proceedings are still pending.

[49] In a final judgment of 5 June 2007 the Hârlău Court of First Instance, under the Trade Unions Act (Law no. 54/2003), granted legal personality to the

Sfântul Mare Mucenic Gheorghe trade union of clergy, monks and lay staff of the Romanian Orthodox Church.

[50] In its constitution the Sfântul Mare Mucenic Gheorghe union set out the following aims:

- to ensure respect for the fundamental rights of its members to work, dignity, social protection, safety at work, rest, social insurance, unemployment benefits, pension entitlements and other entitlements laid down in the legislation in force;
- to provide each of its members with work corresponding to his professional training and skills;
- to ensure compliance with the statutory provisions concerning the duration of leave and days of rest;
- to promote initiative, competition and freedom of expression among its members;
- to ensure the implementation and strict observance of the statutory provisions concerning protection of employment and the rights deriving therefrom;
- to protect its president and representatives, both during and after their terms of office;
- to be present and represented on disciplinary bodies;
- to set up joint ecclesiastical committees;
- to be involved in the drafting or amendment of any Church internal regulations, in particular the new Statute;
- to be consulted on a mandatory basis in connection with decisions affecting its members;
- to negotiate employment contracts;
- to hold democratic elections for the nomination of Church representatives;
- to take legal action against any individuals or other entities, including the church authorities, responsible for administrative or regulatory measures adversely affecting its members' rights and interests; and
- to use petitions, demonstrations and strikes as means of defending its members' interests and protecting their dignity and fundamental rights.

[51] In January 2011 the president of the union requested its dissolution, noting that there had been a considerable improvement in relations between its members and the church authorities. The proceedings are still pending.

[52] To date, some 200 church associations and foundations recognised by the national courts are in existence, having received permission from bishops in accordance with the Church's Statute.

7. Case-law of the domestic courts

[53] In a judgment of 19 September 2005 the High Court of Cassation and Justice held that the civil courts had jurisdiction to invalidate a priest's dismissal and to supervise the execution of the court decision ordering his reinstatement and the payment of his salary.

[54] In a judgment of 4 February 2010 in a different case, the High Court upheld a judgment in which the Bucharest Court of Appeal had dismissed an action by an Orthodox priest against the refusal of the Labour Inspectorate to review the application of labour law by his employer (the diocese). It held that only the provisions of the relevant internal regulations were applicable in the case, that they prevailed over the general rules of the Labour Code in this context, and that the Labour Inspectorate did not have jurisdiction to review whether the diocese had complied with these rules.

[55] In three decisions delivered on 10 June 2008, 3 July 2008 and 7 April 2011 the Constitutional Court acknowledged that the existence of internal disciplinary bodies within religious communities and the fact that their decisions could not be challenged in the civil courts amounted to a restriction of the right of access to a court, but held that the restriction was justified by the autonomous nature of religious communities. It noted in this connection that pursuant to Law no. 489/2006, the only cases which the ordinary courts had jurisdiction to hear in respect of members of the clergy were those concerning criminal offences.

B. International law

1. Universal standards

[56] The relevant provisions of Convention no. 87 of the International Labour Organisation (ILO) on Freedom of Association and Protection of the Right to Organise (adopted in 1948 and ratified by Romania on 28 May 1957) read as follows:

Article 2

"Workers and employers, without distinction whatsoever, shall have the right to establish and, subject only to the rules of the organisation concerned, to join organisations of their own choosing without previous authorisation."

Article 3

"1. Workers' and employers' organisations shall have the right to draw up their constitutions and rules, to elect their representatives in full freedom, to organise their administration and activities and to formulate their programmes.

2. The public authorities shall refrain from any interference which would restrict this right or impede the lawful exercise thereof."

Article 4

“Workers’ and employers’ organisations shall not be liable to be dissolved or suspended by administrative authority.”

Article 7

“The acquisition of legal personality by workers’ and employers’ organisations, federations and confederations shall not be made subject to conditions of such a character as to restrict the application of the provisions of Articles 2, 3 and 4 hereof.”

[57] The relevant provisions of Recommendation no. 198 concerning the employment relationship, adopted by the ILO in 2006, read as follows:

“9. For the purposes of the national policy of protection for workers in an employment relationship, the determination of the existence of such a relationship should be guided primarily by the facts relating to the performance of work and the remuneration of the worker, notwithstanding how the relationship is characterized in any contrary arrangement, contractual or otherwise, that may have been agreed between the parties.

...

11. For the purpose of facilitating the determination of the existence of an employment relationship, Members should, within the framework of the national policy referred to in this Recommendation, consider the possibility of the following:

- (a) allowing a broad range of means for determining the existence of an employment relationship;
- (b) providing for a legal presumption that an employment relationship exists where one or more relevant indicators is present; and
- (c) determining, following prior consultations with the most representative organizations of employers and workers, that workers with certain characteristics, in general or in a particular sector, must be deemed to be either employed or self-employed.

...

13. Members should consider the possibility of defining in their laws and regulations, or by other means, specific indicators of the existence of an employment relationship. Those indicators might include:

- (a) the fact that the work: is carried out according to the instructions and under the control of another party; involves the integration of the worker in the organization of the enterprise; is performed solely or mainly for the benefit of another person; must be carried out personally by the worker; is carried out within specific working hours or at a workplace specified or agreed by the party requesting the work; is of a particular duration and has a certain continuity; requires the worker’s availability; or involves the provision of tools, materials and machinery by the party requesting the work;
- (b) periodic payment of remuneration to the worker; the fact that such remuneration constitutes the worker’s sole or principal source of income; provision of payment in kind, such as food, lodging or transport; recognition of entitlements such as weekly rest and annual holidays; payment by the party requesting the work for travel undertaken by the worker in order to carry out the work; or absence of financial risk for the worker.”

2. European standards

[58] Romania ratified the revised European Social Charter on 7 May 1999. Article 5 of the Charter, concerning the right to organise, is worded as follows:

“With a view to ensuring or promoting the freedom of workers and employers to form local, national or international organisations for the protection of their economic and social interests and to join those organisations, the Contracting Parties undertake that national law shall not be such as to impair, nor shall it be so applied as to impair, this freedom. The extent to which the guarantees provided for in this Article shall apply to the police shall be determined by national laws or regulations. The principle governing the application to the members of the armed forces of these guarantees and the extent to which they shall apply to persons in this category shall equally be determined by national laws or regulations.”

[59] Article 12 § 1 of the Charter of Fundamental Rights of the European Union reads as follows:

“Everyone has the right to freedom of peaceful assembly and to freedom of association at all levels, in particular in political, trade union and civic matters, which implies the right of everyone to form and to join trade unions for the protection of his or her interests.”

[60] The relevant parts of Council Directive 2000/78/EC of 27 November 2000 establishing a general framework for equal treatment in employment and occupation read as follows:

“The Council of the European Union,

...

Whereas: ...

(4) The right of all persons to equality before the law and protection against discrimination constitutes a universal right recognised by the Universal Declaration of Human Rights, the United Nations Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, United Nations Covenants on Civil and Political Rights and on Economic, Social and Cultural Rights and by the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, to which all Member States are signatories. Convention No. 111 of the International Labour Organisation (ILO) prohibits discrimination in the field of employment and occupation.

(5) It is important to respect such fundamental rights and freedoms. This Directive does not prejudice freedom of association, including the right to establish unions with others and to join unions to defend one's interests.

...

(24) The European Union in its Declaration No. 11 on the status of churches and non-confessional organisations, annexed to the Final Act of the Amsterdam Treaty, has explicitly recognised that it respects and does not prejudice the status under national law of churches and religious associations or communities in the Member States and that it equally respects the status of philosophical and non-confessional organisations. With this

in view, Member States may maintain or lay down specific provisions on genuine, legitimate and justified occupational requirements which might be required for carrying out an occupational activity.

...

Has adopted this Directive:

...

Article 4

Occupational requirements

1. Member States may provide that a difference of treatment which is based on [religion or belief] shall not constitute discrimination where, by reason of the nature of the particular occupational activities concerned or of the context in which they are carried out, such a characteristic constitutes a genuine and determining occupational requirement, provided that the objective is legitimate and the requirement is proportionate.

2. Member States may maintain national legislation in force ... or provide for future legislation incorporating national practices existing at the date of adoption of this Directive pursuant to which, in the case of occupational activities within churches and other public or private organisations the ethos of which is based on religion or belief, a difference of treatment based on a person's religion or belief shall not constitute discrimination where, by reason of the nature of these activities or of the context in which they are carried out, a person's religion or belief constitute a genuine, legitimate and justified occupational requirement, having regard to the organisation's ethos. ...

Provided that its provisions are otherwise complied with, this Directive shall thus not prejudice the right of churches and other public or private organisations, the ethos of which is based on religion or belief, acting in conformity with national constitutions and laws, to require individuals working for them to act in good faith and with loyalty to the organisation's ethos."

[61] In the practice of European States, relations between churches and the State are governed by a variety of constitutional models. In the majority of the Council of Europe's member States², the law itself does not define the nature of the legal relationship between a religious community and its clergy. The religious community may conclude an employment contract with its ministers, but is not under any obligation to do so, and in most cases does not. However, even where there is no employment contract, members of the clergy are often entitled to welfare benefits under the same conditions as other beneficiaries of the social-security system. In a minority of States³, the relationship is governed by the applicable labour law, although members of the clergy are required to observe a heightened duty of loyalty towards the religious community that employs them.

² Bosnia and Herzegovina, Estonia, Georgia, Hungary, Republic of Moldova, Montenegro, Ireland, „the former Yugoslav Republic of Macedonia“, Latvia, Lithuania, Germany, Greece, Spain, Portugal, Italy, Poland, Slovenia, France and certain Swiss cantons.

³ Finland, Bulgaria, Slovakia, Ukraine, Belgium, Austria, Russia, Turkey, Luxembourg, Sweden and certain Swiss cantons.

Lastly, in other States⁴ the domestic courts determine on the basis of the individual circumstances whether or not the employment relationship can be classified as contractual.

With regard to the trade-union rights of members of the clergy, no States formally ban them from setting up trade unions, and in some States they are even expressly afforded this right. It should also be noted that, for instance, in Austria, Bulgaria, Finland, Turkey, France, the United Kingdom, Ireland and the Netherlands there are trade unions for ministers of religion, or associations that defend interests closely resembling those defended by workers' trade unions.

THE LAW

I. Anonymous nature of the application and alleged hindrance of the right of individual petition

(wird ausgeführt)

II. Alleged violation of Article 11 of the Convention

[81] The applicant union submitted that in refusing its application for registration, the Dolj County Court had infringed its right to organise as guaranteed by Article 11 of the Convention, which provides:

“1. Everyone has the right to freedom of peaceful assembly and to freedom of association with others, including the right to form and to join trade unions for the protection of his interests.

2. No restrictions shall be placed on the exercise of these rights other than such as are prescribed by law and are necessary in a democratic society in the interests of national security or public safety, for the prevention of disorder or crime, for the protection of health or morals or for the protection of the rights and freedoms of others. This Article shall not prevent the imposition of lawful restrictions on the exercise of these rights by members of the armed forces, of the police or of the administration of the State.”

A. The Chamber judgment

[82] In its judgment of 31 January 2012 the Chamber found a violation of Article 11 of the Convention. Observing that priests and lay staff carried out their duties within the Romanian Orthodox Church under employment contracts, that they received salaries funded mainly from the State budget and that they were covered by the general social-insurance scheme, it considered that a contractual employment relationship could not be exempted from all rules of civil law. It concluded that members of the clergy, and a fortiori lay employees of the Church, could not be excluded from the scope of Article 11.

4 Belgium, the Netherlands, the United Kingdom.

[83] Next, examining the refusal to register the applicant union in relation to the general principles of trade-union law, it accepted that the measure had been prescribed by domestic law (namely, the Trade Unions Act (Law no. 54/2003) and the Religious Freedom Act (Law no. 489/2006), as interpreted by the County Court in the light of the Statute of the Orthodox Church) and had pursued a legitimate aim (namely, the preservation of public order, encompassing the freedom and autonomy of religious communities) in that it had sought to prevent a disparity between the law and practice concerning the establishment of trade unions for Church employees.

[84] It then observed that the County Court's decision to refuse the applicant union's registration had been mainly based on the need to protect the Orthodox Christian tradition, its founding tenets and the rules of canon law concerning decision-making. In that connection it held that the criteria defining a "pressing social need" had not been met in the instant case, since the County Court had not established that the applicant union's programme, as set out in its constitution, or the positions adopted by its members were incompatible with a "democratic society", let alone that they represented a threat to democracy.

[85] Observing that the reasons given by the County Court to justify the refusal to register the applicant union had been of a purely religious nature, the Chamber further considered that that court had not had sufficient regard either to the interests of employees of the Romanian Orthodox Church – in particular, the existence of an employment contract between them and the Church – or to the distinction between members of the clergy and lay employees of the Church, or to the question whether the ecclesiastical rules prohibiting union membership were compatible with the domestic and international regulations enshrining workers' trade-union rights.

[86] Lastly, noting that the right of Orthodox Church employees to join a trade union had already been recognised by the domestic courts in the case of other trade unions, the Chamber concluded that a measure as drastic as the refusal to register the applicant union had been disproportionate to the aim pursued and consequently unnecessary in a democratic society.

B. The parties' submissions

1. The applicant union

[87] The applicant union submitted that priests and clerical staff of the Romanian Orthodox Church had a similar status to civil servants. Like civil servants, they were recruited by competitive examination. They were then appointed by the bishop by means of a decision setting out their rights and obligations. They took an oath upon their ordination and their salaries were set in the law govern-

ing the remuneration of all public servants and reduced by the same proportion in the event of an economic crisis. They paid contributions to the general social security scheme and were entitled to the full range of welfare benefits. Furthermore, similarly to universities, the Romanian Orthodox Church was allocated funds from the State budget to pay its employees' wages. Accordingly, the applicant union submitted that neither the Romanian Orthodox Church's practice of not signing employment contracts with its staff nor the fact that it paid part of their wages from its own funds could affect the actual nature of the relationship between the Church and its employees, since the relationship entailed all the aspects of an employment contract and was similar to that between civil servants and the institution employing them.

[88] The applicant union alleged that, unlike other occupational groups which were likewise bound by specific duties of loyalty but had trade unions to defend their interests, employees of the Romanian Orthodox Church, numbering some 15,000, were deprived of any form of protection from potential abuses in relation to such matters as salaries or transfers.

[89] It added that the interference with its members' freedom of association had not been prescribed by domestic law. In that connection it cited Articles 40, 53 and 73 of the Constitution, by which citizens were guaranteed the right to join together freely in forming political parties, trade unions, employers' associations or other kinds of association, a right that could be restricted only by an institutional Act. It submitted that it could be inferred from these provisions that there was no legislative instrument barring priests from forming a trade union, the refusal of its registration having been based solely on Article 123 § 8 of the Church's Statute; the mere fact that the Statute had been approved by the government did not give it the status of a domestic legislative instrument, let alone that of an institutional Act capable of restricting a constitutional freedom. Submitting that Article 123 § 8 of the Statute was at variance with the Constitution, the applicant union concluded that the decision to prohibit it was in breach of domestic law. The decision therefore had no legal basis and infringed Article 11 of the Convention.

[90] The applicant union accepted that the measure in issue had pursued a legitimate aim, namely, protection of the Church's interests, but contended that the measure had not been necessary in a democratic society to preserve the Church's religious autonomy.

[91] In its submission, where relations between the State and religious communities were concerned, a distinction needed to be made between a community's religious activities and its civil and commercial activities. Thus, while any State interference with religious activities should be strictly forbidden, the Church's civil and commercial activities were unconnected to religion or to the

Church's spiritual mission and should therefore be governed by civil law. In that connection, the applicant union pointed out that it did not wish to alter either Christian dogma or the organisation of religious worship but that its sole aim was to fight for the protection of its members' statutory rights, including the right to receive the guaranteed legal wage and the right not to be wrongfully dismissed. It also asserted that its members had sought – and obtained – oral permission to form a trade union but that the archbishop had subsequently withdrawn his initial consent following opposition from the Holy Synod.

[92] The applicant union accepted that some of the aims set out in its constitution might appear to conflict with the duties of priests, but contended that they had been “copied wholesale from the Trade Unions Act” and that they were also intended to protect the interests of the Church's lay employees, who were not bound by the same obligations as priests. It further submitted that in any event, any action it might have taken such as strikes or other similar activities would have been subject to review by the judicial authorities, which could impose sanctions up to and including dissolution. It added that even if priests did decide to go on strike or to organise other activities outside the remit of their ministry, they would remain subject to the Church's disciplinary procedure and its Statute, which likewise provided for sanctions.

[93] Lastly, the applicant union noted that two other trade unions had already been set up within the Church and that their recognition by the State had not affected its internal organisation or given rise to parallel rules of governance. It also submitted that trade unions for Church personnel operated freely in several other Council of Europe member States.

[94] In conclusion, the applicant union contended that its prohibition, as a preventive measure based purely on assumptions made in the light of its constitution, had not been proportionate to the aim pursued and had amounted to a violation of Article 11 of the Convention.

2. The Government

[95] The Government did not raise any pleas of inadmissibility and accepted that the refusal to register the applicant union had constituted interference with its right to freedom of association. They further pointed out that there was no legal impediment preventing lay staff of the Romanian Orthodox Church from forming a trade union.

[96] As regards members of the clergy, the Government argued that by virtue of the Statute of the Romanian Orthodox Church and the Religious Freedom Act, their relationship with the Church was a “freely accepted service and mission relationship” falling outside the sphere of labour law, and hence outside the scope of the Labour Code. They observed that priests performed their duties

in accordance with a decision by the bishop setting out their rights and obligations, and a vow of faith and obedience which they took upon their ordination. They added that the employment contracts signed in 2004 by the Archdiocese of Craiova were the result of an erroneous interpretation of the law and had never been registered by the Labour Inspectorate, which had in fact confirmed that labour law was not applicable to the relationship between the Orthodox Church and its ecclesiastical staff. That position was shared by the High Court of Cassation and Justice and the Constitutional Court, which had both held that in accordance with the autonomy of religious denominations, the ordinary domestic courts did not have jurisdiction to review decisions by the ecclesiastical courts in relation to the provisions of the Labour Code.

[97] The Government further asserted that the State did not provide remuneration for priests, its role in this respect being limited to granting financial assistance calculated on the basis of the Church's number of adherents and actual needs. It was entirely the Church's responsibility to redistribute the funds received from the State among its staff. Thus, the State made a total of 12,765 assistance payments to the Orthodox Church, the amounts of which varied between 163 and 364 euros, while the Church paid 1,005 priests and 1,408 lay employees entirely from its own funds. As regards the affiliation of priests and other Church employees to the State social-insurance scheme, the Government submitted that this was the choice of the national Parliament, which enjoyed a wide margin of appreciation in such matters; however, their affiliation did not affect their status and did not make them State officials.

[98] In the alternative, the Government pointed out that priests were responsible for the administration of their parishes and, as such, performed management functions; pursuant to the Trade Unions Act, this barred them from trade-union activities.

[99] Having regard to the above considerations, the Government expressed concern at the idea that Article 11 could be deemed applicable to the present case, seeing that the provisions of labour law did not apply to the applicant union's members.

[100] In any event, they submitted that the interference had been prescribed by law, had pursued a legitimate aim and was necessary in a democratic society.

[101] In their submission, the legal basis for the measure in issue was Article 123 § 8 of the Church's Statute, by which the participation of members of the clergy in any form of association was subject to the archbishop's prior consent. That provision formed part of domestic law following the approval of the Statute by a government ordinance, and did not conflict with the Constitution, which, while guaranteeing freedom of association, including trade-union freedom,